Gemeinde Obersiggenthal

Protokoll des Einwohnerrates

Amtsperiode	2022/2025
Sitzung	Mittwoch, 29. Oktober 2025 19.00 Uhr, Aula OSOS Obersiggenthal
Vorsitz	Mara Jenni, Präsidentin
Protokoll	Romana Hächler, Gemeindeschreiberin II
Stimmenzähler	Ralf Hunziker Ursula Spinnler
Anwesend	35 Mitglieder des Einwohnerrates 4 Mitglieder des Gemeinderates Bernhard Wehrli, Leiter Abteilung Finanzen Romana Hächler, Gemeindeschreiberin II Kevin Nolle, Leiter Liegenschaften
Entschuldigt	Tanja Marullo, Gemeinderätin Jürg Stucki, Gemeindeschreiber Christoph Villiger Davorka Oluic Hanne Rigter Ute Deters-Evers Micha Jetzer
Ende der Sitzung	23.47 Uhr

Behandelte Geschäfte			**Seite**
1	2025/14	Formelles, Mitteilungen, Neueingänge, Protokoll	3
2	2025/24	Inpflichtnahme René Hurter, SVP, anstelle von Peter Huber und Kristin Lamprecht, SP, anstelle von Ute Deters-Evers	5
3		Kreditabrechnungen	5
	2014/56	Erneuerung der Strassenbeleuchtung durch LED auf dem gesamten Gemeindegebiet	
	2022/25	Ersatz alter Wasserleitungen an der Paradies- und Brühlstrasse	
4	2025/16	Zusammenschluss Bibliothek und Mediathek Obersiggenthal	6

5	2025/17	Verpflichtungskredit von CHF 108'000 für die Installation des Notstromaggregats im Gemeindehaus	10
6	2025/18	Motion SP-Fraktion betreffend Einführung einer Stellvertretungsregelung für den Einwohnerrat	21
7	2025/19	Postulat SP-Fraktion betreffend Verschiebung der Zonengrenzen beim Tarifverbund A-Welle	22
8	2025/20	Aufgaben- und Finanzplan	23
9	2025/21	Budget 2026	29
10	2025/22	Termine 2026	45
11	2025/23	Umfrage	46

Mara Jenni, Präsidentin: Ich eröffne offiziell die 15. Einwohnerratssitzung der laufenden Legislatur 2022/2025. Die Unterlagen wurden euch rechtzeitig zugestellt.
Es gibt auch heute wieder eine Pause mit Kaffee und Kuchen. Ich kann euch nicht sagen, wann diese stattfinden wird, denn es kommt darauf an, wie die Sitzung abläuft. Es ist noch offen, ob wir die Sitzung heute noch abschliessen oder nicht. Wir machen es so, dass ich euch darüber abstimmen lasse, falls wir nach 22:00 Uhr zum Budget kommen. Wenn das der Fall ist, entscheidet ihr, ob wir die Sitzung heute noch beenden oder nicht. Da beim Budget noch verschiedene Themen besprochen werden müssen, können wir davon ausgehen, dass es bis 00:00 Uhr dauern könnte. Ich möchte jedoch diese Verantwortung nicht allein tragen, deshalb lasse ich euch darüber abstimmen, wie ihr es gerne handhaben möchtet. Aus diesem Grund wurde auch kein Treffpunkt nach der Sitzung vereinbart, da es eventuell etwas länger dauern könnte.

1 2025/14 Formelles, Mitteilungen, Neueingänge, Protokoll

Mara Jenni, Präsidentin: Als erstes gebe ich bekannt, dass es eine Korrektur bei der Traktandenliste der heutigen Sitzung gibt. Es gibt ein neues Traktandum 2, nämlich die Inpflichtnahme von zwei neuen Mitgliedern, dies sind René Hurter und Kristin Lamprecht.
Peter Huber hat die Seite gewechselt und ist zur Exekutive übergetreten. Ute Deters-Evers und Peter Huber sind per sofort aus dem Einwohnerrat zurückgetreten.

Ich nutze die Gelegenheit, um das Rücktrittsschreiben von Ute Deters-Evers vorzulesen: Aufgrund meiner intensiven beruflichen Tätigkeiten, sehe ich mich leider gezwungen als Einwohnerrätin der Gemeinde Obersiggenthal per sofort zurückzutreten. In den vergangenen Jahren habe ich mich gerne für die Gemeinde Obersiggenthal eingesetzt. Ich möchte mich an dieser Stelle für diese Zeit und die stets kollegiale Stimmung im Rat bedanken. Ich wünsche allen meinen Ratskolleginnen und Ratskollegen weiterhin viel Erfolg und einen erfolgreichen Abschluss der Legislatur. Mit lieben Grüssen, Ute.

Folgende Personen haben sich entschuldigt: Christoph Villiger, Davorka Oluic, Hanne Rigter und Micha Jetzer. Verspätet wird Kim Grab erscheinen.

Wir sind momentan 33 vereidigte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte und damit wäre das absolute Mehr bei 17.

Dann kommen wir zu den Beschlüssen, welche Rechtskraft erlangt haben. Nach unbenutztem Ablauf der Referendumsfrist sind am 21. Juli 2025 folgende dem fakultativen Referendum unterstellten Beschlüsse des Einwohnerrates vom 12. Juni 2025 in der Rechtskraft erwachsen:
- Genehmigung Verpflichtungskredit Ersatzbeschaffung Schulmobiliar-OSOS
- Genehmigung Kredit von CHF 46'000 für die Anschaffung einer Containeranlage als Gruppenraum beim Schulhaus Bachmatt
- Genehmigung Kreditabrechnung Durchführung Pumpversuch beim Grundwasserpumpwerk Aesch
- Genehmigung Rechnung 2024
- Genehmigung Rechenschaftsbericht 2024.

Dann kommen wir zu den **Mitteilungen**: **Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann:** Ich nutze die Gelegenheit, um zwei / drei Worte an sie zu richten. Als erstes möchte ich offiziell Tanja Marullo entschuldigen. Als ich gestern mit ihr telefoniert habe, habe ich sie fast nicht verstanden. Sie ist leider an einer Grippe erkrankt und kann heute Abend nicht teilnehmen. Sie wäre sehr gerne gekommen.

Dann komme ich gerne zu den offiziellen Mitteilungen nach den Wahlen vor der kommenden Legislatur. Seit den Wahlen hatten wir bereits zwei gute Gemeinderatssitzungen. Die Vorbereitungen für die kommende Amtsperiode sind angelaufen. Der neu gewählte Gemeinderat

wird sich im November 2025 treffen um die verschiedenen Ressorts zuzuteilen. Wir werden informieren, sobald alle Details bekannt sind.

Dann habe ich noch zwei besondere Mitteilungen für die nächste Einwohnerratssitzung, einfach dass ihr schon Kenntnis darüber habt, dass wir zwei Budgetkredite haben werden. Es geht darum, dass wir an der nächsten Einwohnerratssitzung die Beantwortung des Postulats "Sicher in die Schule" vornehmen werden, beziehungsweise die Einführung eines Lotsendienstes. Leider haben sich die Abklärungen als ziemlich umfangreich erwiesen und auch die Antwort des Regierungsrats bezüglich einer Mitfinanzierung steht noch aus. Trotzdem möchten wir voran gehen. Stand heute gehen wir von einem Freiwilligendienst aus, der ab den Frühlingsferien organisiert sein sollte. Für das Jahr 2026 gehen wir Stand heute von einem Kredit von CHF 35'000 aus. Die jährlich wiederkehrenden Kosten werden sich um CHF 45'000 bewegen. An dieser Stelle auch der Hinweis, dass der Kanton offenbar dabei ist, eine Sicherheitsstudie bezüglich der Kreuzung Hertensteinstrasse und dem Kirchweg beim Schulhaus Bachmatt durchzuführen. Wir wurden für ein Vorgespräch angefragt.

Das zweite Geschäft betrifft die organisatorische Auslagerung der Jugendarbeit an die Stadt Baden. Wie bekannt, wurde der Vertrag seitens Untersiggenthal betreffend Jugendnetz (Schulsozialarbeit und Jugendarbeit) gekündigt per 31. Dezember 2025. Die Schulsozialarbeit ist bereits neu aufgegleist und geregelt. Die Neuregelung der Jugendarbeit ist noch offen. Nach Abwägung verschiedener Optionen und in konstanten Gesprächen mit Untersiggenthal, ist der Gemeinderat zum Schluss gekommen, dass eine Auslagerung an die Stadt Baden am sinnvollsten ist. Die Zusage des Stadtrats Baden ist in dieser Woche bei uns eingegangen. Wir gehen von einem Kredit von CHF 34'000 aus. In diesen Kosten ist auch die Erarbeitung eines neuen Konzepts für die Jugendarbeit in Obersiggenthal eingeschlossen. Der Gemeinderat überlegt im Moment noch, ob vor dieser Einwohnerratssitzung zu diesem Geschäft eine Informationsveranstaltung durchgeführt wird. Ihr werdet sicher kontaktiert, falls dies so ist.

Christian Keller, Gemeinderat: Eine kurze Mitteilung aus dem Kunststoffrecycling. Das haben wir vor einem Jahr eingeführt und die Bilanz nach einem Jahr sieht recht positiv aus. Wir liegen ein bisschen über der erwarteten Sammelmenge. Wir hatten mit 4.4 Tonnen gerechnet, tatsächlich haben wir 5.1 Tonnen gesammelt, was ein Plus von 16 % bedeutet. Ich danke allen, die fleissig mitgesammelt haben und wir hoffen alle, dass es eine gute Sache ist.

Mara Jenni, Präsidentin: Dann kommen wir zu den **Neueingängen**. Es gibt diesmal einen Neueingang. Das Postulat der FDP-Fraktion mit dem Titel "Verbesserung der Nachvollziehbarkeit des Investitionsplans in der Aufgaben- und Finanzplanung". Dieses Postulat wird an einer nächsten Einwohnerratssitzung besprochen. Dann kommen wir zum zweitletzten Punkt des Traktandum 1, zum **Protokoll**. Das Protokoll der letzten 14. Einwohnerratssitzung wurde euch mit der Einladung zur Sitzung auf der CMI-Datenbank bereitgestellt. Es sind keine Änderungsanträge eingegangen. Damit ist das Protokoll der letzten Sitzung genehmigt.

Als letzten Punkt des Traktandum 1 kommen wir noch zu einer Wahl und zwar zum Ersatz des Stimmenzählers für die letzten beiden Sitzungen dieses Jahres. Ich würde vorschlagen, dass wir es in einer offenen Wahl machen und nicht mit Stimmzetteln.

Abstimmung

Wer möchte Ralph Hunziker als Ersatzstimmenden und als Stimmenzähler für die letzten beiden Sitzungen dieser laufenden Legislatur?

Der Antrag wird mit 32 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

2 2025/24 Inpflichtnahme René Hurter, SVP-Fraktion, anstelle von Peter Huber, SVP-Fraktion und Kristin Lamprecht, SP-Fraktion, anstelle von Ute Deters-Evers, SP-Fraktion

Mara Jenni, Präsidentin: Ich bitte euch beide, Kristin Lamprecht und René Hurter, nach vorne zu kommen. Die anderen Mitglieder des Einwohnerrates sollen sich erheben. Es funktioniert folgendermassen. Ich lese das Gelöbnis vor und ihr antwortet mit "Ich gelobe es". Ich gelobe es, als Mitglied des Einwohnerrates die Wohlfahrt der Gemeinde Obersiggenthal zu fördern und gemäss der Verfassung und den Gesetzen nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln.

Kristin Lamprecht: Ich gelobe es.

René Hurter: Ich gelobe es.

Mara Jenni, Präsidentin: Herzlich Willkommen im Einwohnerrat in Obersiggenthal. Damit sind wir jetzt 35 vereidigte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Das absolute Mehr liegt bei 18.

3 Kreditabrechnungen
2014/56 Erneuerung der Strassenbeleuchtung durch LED auf dem gesamten Gemeindegebiet
2022/25 Ersatz alter Wasserleitungen an der Paradies- und Brühlstrasse

Eintreten nicht bestritten.

Peter Marten, Vizeammann: Sie haben zwei Kreditabrechnungen vor sich und ich möchte hier nicht allzu sehr ins Detail gehen. Die Kreditabrechnung über die Strassen sieht recht erfreulich aus. Wir haben jedoch auch eine Kreditabrechnung bezüglich der "LED-Beleuchtung", welche sich ein wenig in die Länge gezogen hat, bis alles umgesetzt wurde. Unsere Feststellung und auch die der FIKO ist, dass wir bei der Kostenkontrolle das Thema haben, dass dies nicht immer so nachvollziehbar umgesetzt wird. Wir haben reagiert: An einer Kadersitzung haben wir alle Abteilungsleitenden darauf aufmerksam gemacht, dass dies notwendig ist und dass man sich daran halten sollte. Vor allem wenn man merkt, dass es in eine solche Richtung gehen könnte, sollten Massnahmen ergriffen und gegebenenfalls ein Nachtragskredit veranlasst werden. Im Budget werde ich noch auf dieses Thema zurückkommen.

Ulrich Meier: Wir werden diese Kreditabrechnungen, wie von der FIKO vorgeschlagenen, gutheissen. Leider ist aber bekanntlich bei der Erneuerung der Strassenbeleuchtung, Peter Marten hat es ja schon angesprochen, zu dieser Kreditüberschreitung gekommen. Die involvierten Stellen wurden nicht informiert. Deshalb sind wir der Ansicht, dass der FIKO-Antrag, wenn er dann noch kommt, den Kontrollprozess unterstützen wird, damit solche Abweichungen in Zukunft nicht mehr passieren.

Jacqueline Magni: Auch wenn die Kreditabrechnung 10 Jahre alt ist, so ist es unverständlich, warum keine gründliche und umfassende Vorabklärung gemacht wurde. Insbesondere, da die Arbeiten ein Spezialfall sind und man es hätte erkennen sollen. Wir erwarten, dass die Abklärungen und die Kostenvorschläge sauber und gründlich durchgeführt werden. Wir freuen uns über dein Statement, wie man das in Zukunft besser angehen wird.

Anand Keshava: Dies ist auch gleichzeitig das FIKO-Votum zum Kredit "LED". Die Überschreitung von CHF 100'000 liegt an den Zusatzarbeiten, die in Auftrag gegeben wurden. Obwohl zu diesem Zeitpunkt klar war, dass der Kredit nicht ausreichen wird, wurden die Arbeiten in Auftrag gegeben. Nach dem Gesetz und das ist keine Auslegungssache, muss in einem solchen Fall ein Zusatzkredit verlangt werden. Dies ist jedoch nicht geschehen und heute weiss man nicht mehr genau, warum das nicht gemacht wurde. Die verantwortliche Person ist nicht

mehr da. Das zeigt, dass die Projektkontrolle im Prinzip zu wenig oder gar nicht vorhanden war. Es ist unschön, dass dies nun in der Rechnung so ausgewiesen werden muss. Aber die Überschreitung von CHF 100'000 kann nicht mehr rückgängig gemacht werden. Wir stellen keinen offiziellen Antrag, sondern haben angeregt, dass Peter Marten aufzeigt, wie die Einhaltung des Kredits bzw. Einholung eines Nachtragskredits in Zukunft umgesetzt wird. Wir empfehlen die Kreditbewilligung trotzdem.

———

Keine weiteren Wortmeldungen

———

Abstimmung

Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat folgende Kreditabrechnungen zu genehmigen:

A. Erneuerung der Strassenbeleuchtung durch LED, auf dem gesamten Gemeindegebiet, Betrag CHF 946'046.25
B. Ersatz Wasserleitung, Paradies- und Brühlstrasse, Spezialfinanzierung Wasserversorgung, Betrag CHF 370'039.40

Der Antrag wurde mit 34 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

4 2025/16 Zusammenschluss Bibliothek und Mediathek Obersiggenthal

Eintreten nicht bestritten

———

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Es geht um die Überführung der Angestellten, die im Stundenlohn in der Bibliothek angestellt sind, in eine Festanstellung. Das ist der Kern unseres Antrages. Es geht darum, dass die Stundenlöhne in den festen Stellenplan überführt werden, der vom Einwohnerrat jedes Jahr bewilligt wird. Es werden also keine neuen Stellen geschaffen, die Leute arbeiten bereits in den entsprechenden Pensen. Die Mediathek soll künftig nicht mehr der Schulorganisation angehören, sondern neu der Bibliothek angeschlossen sein. Die Lösung wird von allen Beteiligten befürwortet und führt zu einer Entlastung der Schulleitung, zur Nutzung von Synergien und zur Gewährleistung von Stellvertretungslösungen. Die Bibliothek und die Mediathek nutzen bereits heute die gleichen Systeme. Beide verleihen Bücher und Medien und stehen bereits im Austausch miteinander. Die Stelle der Mediathekarin ist bisher bei der Schule angesiedelt und im Stellenplan der Gemeinde bereits enthalten. Ihre Anstellungsbedingungen orientieren sich deshalb auch an den Verhältnissen in der Schule dort war sie bisher der Schulleitung unterstellt. Deshalb ist ihr Verdienst auch etwas höher als der Lohn der Bibliothekarinnen, welche im Stundenlohn arbeiten. Wenn es jetzt aber ein Team aus diesen Personen geben soll dann, ist es ein Gebot der Stunde, dass alle auch vergleichbare Arbeitsverhältnisse haben. Die Anstellungsbedingungen müssen vergleichbar sein. Dass die Bibliothekarinnen bisher im Stundenlohn angestellt waren, ist historisch bedingt. Früher haben sogenannte „Freiwillige" in der Bibliothek gearbeitet die ihre Arbeit als Dienst an der Allgemeinheit gesehen haben. Mittlerweile ist die Bibliothek jedoch professioneller unterwegs, die Anforderungen an die Bibliothekarinnen sind gestiegen. Sie sind hochqualifiziert, im Bibliothekswesen ausgebildet und leisten wertvolle Unterstützung bei der Integration und der Leseförderung in verschiedenen Projekten. Etwas, das immer wichtiger wird.

Lukas Füglister: Wir danken dem Gemeinderat für die Ausarbeitung des vorliegenden Geschäftes. Die Bibliothek besteht jetzt seit mehr als 40 Jahren und hat sich stets weiterentwickelt, wie es Bettina Lutz Güttler erklärt hat. Es steckt viel Herzblut und Engagement in dem

Angebot für die Einwohner von Obersiggenthal, wie das Ausleihen von Belletristik, vielen anderen Büchern wie auch Hörbüchern, CDs und vielem mehr. Der Gemeinderat hat die Vorlage ausgearbeitet und gleichzeitig die Richtlinien von Bibliosuisse in den Unterlagen beigelegt. Ich habe mir die Mühe genommen die Richtlinien von Bibliosuisse zu lesen. Es ist sehr interessant geschrieben. Meiner Meinung nach aber auch sehr hochgestochen und es steht ein sehr grosses Konzept dahinter. Diese Richtlinien finde ich in dieser Vorlage jedoch nicht, denn es geht ja wahrscheinlich einfach darum, das Einnehmen der Angestellten in ein Anstellungsverhältnis der Verwaltung. Das ist der einzige Grund, die Gleichstellung der Stelleninhaberinnen in der Mediathek und der Bibliothek. Das Ziel ist, wie gesagt, sie in die Verwaltung zu integrieren. Es sollen bessere Anstellungsbedingungen für alle gelten, was im Grundsatz nicht falsch ist, aber die Verbesserungen sollen mehr als CHF 13'000 kosten. Für etwas, das jetzt die letzten 40 Jahre gelaufen ist und sich entwickelt hat.

Die Frage ist, warum gerade jetzt? Die Gemeinde Obersiggenthal, wir werden dann im Budget noch darauf zurückkommen, muss sich sehr gut überlegen, für was die Steuergelder ausgegeben werden und jetzt kommen Zusatzkredite von CHF 13'000. Das vorliegende Konzept ist ein weiterer Schnellschuss des Gemeinderates, der weder die Bibliothek noch die Mediathek und schon gar nicht die Ludothek im gesamtheitlichen anschaut. Wir haben noch eine Ludothek. Wer das nicht weiss, diese ist im Untergeschoss des Bachmattschulhauses beheimatet und hat auch Angestellte, die im Stundenlohn angestellt sind. Diese haben sie bewusst oder unbewusst nicht in das Konzept genommen. Wenn schon die Richtlinien von Bibliosuisse herangezogen werden, müsste ebenfalls die Ludothek berücksichtigt und in so ein Konzept eingeflochten werden. Dementsprechend stellt die SVP-Fraktion den Antrag, dass das Geschäft zurückgewiesen werden soll. In diese Überlegungen ist die Ludothek ebenfalls zu integrieren. Dazu soll ein neuer Antrag an den Einwohnerrat gestellt werden, welcher ein Konzept für alle drei Organisationen beinhaltet.

Mara Jenni, Präsidentin: Nach dem Einwohnerratsreglement dürfen wir uns primär nur noch zum Rückweisungsantrag äussern, auch in den Fraktionsvoten. Ich bitte euch, das so zu berücksichtigen. Es geht jetzt darum, dass wir nachher über den Rückweisungsantrag abstimmen werden, ob wir diesen annehmen wollen oder nicht. Wenn dieser nicht angenommen wird, werden wir über den Antrag des Gemeinderates abstimmen. Das heisst, ihr müsst euch in euren Fraktionsvoten auf diesen Rückweisungsantrag beziehen.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Ich habe gestern in der Zeitung gelesen, dass da irgendetwas im Tun ist. Leider hat man nicht mit mir Kontakt aufgenommen. Ich hätte das gerne mit den entsprechenden Leuten besprochen. Selbstverständlich bin ich sofort zu unserer Abteilung HR und habe mir einmal aufdatieren lassen, um wie viele Stellenprozente wir in der Ludothek ausgehen müssen. Ich habe mit Sybille Baumgartner, Leiterin Bibliothek, Kontakt aufgenommen. Mit den Leitern der Ludothek habe ich keinen Kontakt aufnehmen können. An und für sich ist es ein Thema, das auf der Hand liegt. Das ist uns bewusst, wir haben darüber auch schon Gespräche geführt. In Ortschaften, wo eben auch eine räumliche Zusammenlegung realisiert werden kann, ist das Modell auch sehr erfolgreich. Bei uns liegen aber zwei Standorte vor. In den Öffnungszeiten sind sie betreut von jeweils zwei Personen und natürlich wäre es nett, wenn man das einfach sofort machen würde. Der Gemeinderat möchte zuerst einmal alle betroffenen Personen abholen und die Auswirkungen genau abklären. Das sind Auswirkungen auf das Personal. Sehen sie das auch, dass es zusammengelegt werden könnte? Was hat das für Auswirkungen auf den Lohn? Die finanziellen Konsequenzen sind auch für uns wichtig. Wie sieht es mit den Räumlichkeiten aus? Also ein räumliches Zusammenführen ist kaum möglich. Die Systeme sowie die Buchhaltungen sind verschieden. Man hat es vor Jahren schon einmal angeschaut und ist zum Schluss gekommen, dass es eher nicht in Frage kommt. Bisher arbeiten auch die Ludothek und die Bibliothek nicht zusammen. Der Unterschied in dieser Zusammenführung ist, dass die Mediathek und die Bibliothek bereits zusammenarbeiten. Das heisst selbstverständlich nicht, dass eine Zusammenführung nicht möglich wäre. Wir sind gerne bereit, den Vorschlag als Anregung entgegenzunehmen oder auch, wenn ihr das als Postulat einreichen würdet, das sauber aufzuarbeiten. Aber wir möch-

ten beliebt machen, dass wir die Zusammenlegung der Mediathek und der Bibliothek machen. Es ist getragen von den Angestellten, es ist getragen von der Schule und es macht einfach Sinn. Jetzt das auf die lange Bank zu schieben, ist in unseren Augen nicht zielführend. Wir würden gerne die Ludothek, wenn es denn passt, mit der Bibliothek zusammenführen aber im Moment ist das zu früh. Es wurde auch bereits im Jahr 2019 eine Abklärung getroffen und dort hat man davon Abstand genommen. Ich möchte es nicht übers Knie brechen, sondern im Gegenteil, es sauber aufarbeiten, bevor wir im Gemeinderat mit einem Antrag an den Einwohnerrat kommen.

Andreas Leupin: Wir begrüssen den organisatorischen Zusammenschluss der Mediathek und der Bibliothek. Zum jetzigen Zeitpunkt sind wir der Meinung, dass man es jetzt nicht übers Knie brechen sollte, in einem Schnellschuss, die Ludothek direkt einzubinden.

Anna Katharina Hess: Wir begrüssen den Zusammenschluss, so wie es eigentlich der Gemeinderat will und ich denke nicht, dass wir den Antrag der SVP-Fraktion unterstützen werden.

Daniela Graubner: Wir begrüssen den Zusammenschluss, haben jetzt eigentlich auch dafür stimmen wollen. Wir finden aber auch den Vorschlag gut, die Ludothek mit einzubeziehen. Ich bin ein bisschen hin und her gerissen, eigentlich würde ich gerne die SVP-Fraktion unterstützen, andererseits möchte ich den Zusammenschluss nicht auf die lange Bank schieben. Es wäre super, wenn ihr eine Motion machen könntet, dass ihr es vorantreiben könnt, dass man heute ja sagen kann.

Tomas Nezel: Also, wir sehen auch, dass der Zusammenschluss zwischen Bibliothek und Mediathek weit fortgeschritten ist. Die Gespräche haben stattgefunden, alle sind sich einig, man möchte es. Ich finde, wir sollten das nicht aufhalten. Mit der Ludothek ist ein super Input, das kann man dann später angehen, wie Bettina Lutz Güttler vorgeschlagen hat, dass man die Gespräche sucht und schaut, wie man das integrieren kann.

Mia Jenni: Die SP-Fraktion wird sich klar gegen den Rückweisungsantrag stellen, weil der Bericht aufzeigt, dass der Zusammenschluss jetzt ideal ist. Der Moment jetzt ist ideal, beide Instanzen, Bibliothek und Mediathek, sind einverstanden, die Ressourcen zu teilen und gemeinsam an einem Strick zu ziehen. Sich jetzt in den Weg zu stellen, ist schwierig. Das ist ein sorgfältig geprüfter Bericht. Die Prozesse sind überlegt und nachhaltig dargestellt. Wenn wir jetzt irgendwie willkürlich Ergänzungen machen oder Erweiterungen ohne vorhergehende Prüfungen und auch eben ohne die Abholung der Meinungen der Betroffenen, dann übersteuern wir hier eigentlich einen Prozess, der sehr gut aufgegleist ist. Deshalb stellen wir uns gegen den Rückweisungsantrag. Ein Postulat wäre sehr sinnvoll gewesen, vielleicht wäre es besser nächstes Mal diesen Weg zu wählen.

Lukas Füglister: Wir nehmen Stellung zu Mia Jenni. Es geht uns nicht darum, dass wir das Gefühl haben, es sei schnell entstanden. Ideal wäre es vor 2 Jahren gewesen. Es wurde jetzt angedacht und aus welchen Gründen auch immer, wissen wir nicht. Ich weiss nicht, wann der ideale Zeitpunkt ist. Es hätte, wie gesagt, vor 2 Jahren oder erst in 2 - 5 Jahren sein können. Keine Ahnung, ich denke nicht, dass es das wert ist, darüber zu diskutieren.

Ein Postulat oder eine Motion ist ein Ding der Möglichkeit. Aber wie ihr alle wisst, ist das Zentrum Bachmatt bzw. das Areal Bachmatt schon länger zur Diskussion, dass man da irgendetwas machen sollte. Man hat ein Gebäude, eine Bibliothek und das Strübelihuus, dass man schon seit längerer Zeit nicht mehr bewohnt oder vermietet werden darf. Beim Schulhaus Bachmatt, da möchte der Kanton wahrscheinlich auch noch etwas zur Kreuzung Kirchweg/Hertenstein sagen.

Meine persönliche Meinung ist, das Schulhaus Bachmatt war sehr gut in den letzten gefühlten 100 Jahren gewesen. Der Verkehr hat jedoch zugenommen und wie wir alle wissen, steht das Schulhaus Bachmatt heute nicht mehr an einem idealen Standort. Ich habe bereits mehrfach angeregt, dass man vielleicht eine Gesamtschau des Areals Bachmatt vornehmen sollte, um

zu überlegen, wie man die Ludothek und die Bibliothek sinnvoll in einem Gebäude zusammenfassen könnte. Der Wille dazu war bislang jedoch noch nicht vorhanden. Ich habe bis jetzt kein Postulat und keine Motion eingereicht. Ich werde das auch nicht mehr tun, da das Areal Bachmatt noch lange nicht spruchreif ist. Die finanzielle Tragweite wird wahrscheinlich so hoch sein, dass wir uns das in den nächsten 5 bis 6 Jahren gar nicht leisten können. Dementsprechend ist der Antrag jetzt so gestellt, wie er vorliegt. Es geht darum, ein Konzept zu erarbeiten, das alle drei Organisationen berücksichtigt, nicht nur zwei. Es geht nicht darum, die Angestellten irgendwie zu brüskieren oder hintenanzustellen. Vielmehr geht es darum, Überlegungen und Gespräche gesamtheitlich zu führen und anschliessend mit einem umfassenden Antrag zu kommen.

Sandra Hehli: Ich möchte noch etwas zur Motion sagen. Ich bin der Meinung, die SVP-Fraktion muss keine Motion bringen, dem Gemeinderat ist es bewusst gewesen, dass wir hier mit dem Zusammenschluss der Ludothek kommen. Ich hatte noch E-Mail-Kontakt mit Bettina Lutz Güttler und sie hat es mir bestätigt, dass dies auch so angedacht sei mit der Ludothek. Nur wollen sie das Schritt für Schritt anschauen. Wir sind gespannt, wann der Antrag des Gemeinderates für die Ludothek kommt.

Esther Reimann: Ich finde den Rückweisungsantrag unglücklich und möchte vor allem auf einen Aspekt hinweisen. Die pädagogische Arbeit, es wird sehr stark durch die Mediathek und die Bibliothek gemacht, dort wird stark mit Klassen zusammengearbeitet. Für mich ist dieser Antrag jetzt stimmig. Das heisst nicht, dass man zu einem späteren Zeitpunkt die Ludothek, die auch pädagogisch anregende Möglichkeiten gibt. Die Ludothek ist nicht in dem Sinn mit den Schulen verknüpft wie die Mediathek und die Bibliothek. Ich würde beliebt machen den Rückweisungsantrag nicht anzunehmen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Rückweisungsantrag: Die SVP-Fraktion beantragt die Rückweisung des Antrages 2025/16 Zusammenschluss Bibliothek und Mediathek Obersiggenthal.

Der Rückweisungsantrag wurde mit 30 Nein-Stimmen zu 5 Ja-Stimmen und 0 Enthaltungen abgelehnt.

Mara Jenni, Präsidentin: Ich würde Andreas Baumgartner bitten, in den Ausstand zu treten. Damit sind wir 34 vereidigte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte und das absolute Mehr beträgt immer noch 18.

Abstimmung

Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat folgenden Beschluss zu fassen:
Die zur Festanstellung erforderlichen Stellenpensen von insgesamt 125% werden genehmigt.

Der Antrag wurde mit 29 Ja-Stimmen zu 5 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Mara Jenni, Präsidentin: Dann sind wir jetzt wieder bei 35 vereidigten Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte und das absolute Mehr beträgt immer noch 18.

5 2025/17 Verpflichtungskredit von CHF 108'000 für die Installation des Notstromaggregats im Gemeindehaus

Eintreten nicht bestritten

Mara Jenni, Präsidentin: Für die Besprechung des Geschäftes und für anfällige technische Fragen nimmt der Leiter Liegenschaften, Kevin Nolle, Einsitz.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Zu diesem Geschäft sind viele Fragen eingegangen. Die ersten Fragen habe ich bereits an der Fraktionspräsidien-Sitzung beantwortet. Die weiteren werde ich jetzt versuchen in den nächsten Minuten zu beantworten. Es sind auch viele Fragen zur Organisation der Gemeinde im Krisenfall gestellt worden. Erlauben Sie mir eine Vorbemerkung. In dieser Vorlage geht es im Kern um die Frage, ob man das Gemeindehaus, dort wo auch die IT-Server stehen, mit einer Notstromversorgung ausstatten soll. Das ist die Kernfrage, diese können sie heute beantworten, ob sie das möchten oder nicht.

Wie kommt der Gemeinderat dazu, ein Notstromaggregat für das Gemeindehaus zu wollen? Dafür nehme ich euch gerne mit auf eine Zeitreise. Blenden wir zurück. Wir haben das Jahr 2022. Im Februar überfällt Russland die Ukraine. Europa ist in dieser Zeit zum grossen Teil von Gaslieferungen aus Russland abhängig. Russland reduziert seine Gaslieferungen nach Europa. Das führt dazu, dass es bei Gas zu Lieferengpässen kommt, was eine Energiekrise auslöste. Die Ölstände in den europäischen Gasspeichern sind bereits Ende 2021 niedrig gewesen. Die anhaltende Trockenheit im Sommer 2022 hat das Risiko zusätzlich erhöht, weil sich die Stauseen nicht wie in anderen Jahren gefüllt haben. Das hat sich selbstverständlich auch auf die mögliche Stromproduktion ausgewirkt. Davon war auch die Schweiz betroffen, weil sie ihrerseits auch von Stromlieferungen aus Europa angewiesen ist. Der Bundesrat hat Massnahmen ergriffen, um eine mögliche Mangellage abzuwenden um vorbereitet zu sein. Sie haben einen Krisenstab für den Ernstfall installiert. Der Krisenstab "Energiemangellage" soll aktiv werden, sobald der Markt nicht mehr eigenständig funktioniert und Verbot und Verwendungseinschränkungen nötig werden. Es war ein mehrstufiges Programm vorgesehen, verordnete Sparmassnahmen, Verwendungsverbot, Beschränkungen. Dann die Kontingentierung für Grossverbraucher, dort hat man sich erhofft, dass die Hälfte des Stroms eingespart werden kann und dann die rollierende Stromnetz-Abschaltungen.

Ich habe ein wenig recherchiert, hier ein paar Schlagworte. Das war im Jahr 2022, man hat die Kohlekraftwerke wieder angeworfen oder wollte diese wieder anwerfen, aber nicht vom Netz nehmen. Dann ist die Nord-Stream Geschichte passiert, das war im September 2022. Entschuldigung, aber die Titel sind ein bisschen irreführend, denn eigentlich geht es da um die Abwendung der Strom- und Gasmangellage. Man hat Vorbereitungen getroffen. Dann wird die Meinung laut, dass man eine einheitliche Vorgabe des Bundes braucht. Für den kommenden Winter zeichnet sich ein erhöhtes Risiko für eine Mangellage ab. Wir befinden uns im Jahr 2023. Das war im März, da hat man gesehen, dass es auch im nächsten Winter eng werden könnte. Es ist wieder um die Weihnachtsbeleuchtungen gegangen. Auch da geht es um Energiesparmassnahmen im Winter 2023/2024. Wir sind im Dezember. Es ist zwar unwahrscheinlicher geworden, aber es ist immer noch möglich, dass etwas passieren könnte. Jetzt im März 2025 ist die Taskforce aufgelöst worden.

Es geht um ein Notstromaggregat für die Gemeinde. Ich möchte euch noch daran erinnern. Ich konnte es nicht lassen die Bildchen runterzuladen, denn es hat mich an etwas erinnert. Die Lage ist auch im Kanton Aargau angekommen. Der Gemeinderat ist vom Kanton Aargau angeschrieben worden. Die Gemeinden haben Aufgaben. Es ist während der Energiemangellage ein Leitfaden für die Gemeinden gekommen. Dort stand: Hingegen kommt den Gemeinden und dem Kanton bei der Umsetzung der durch den Bund angeordneten Massnahmen und der Bewältigung von allfälligen Folgewirkungen in ihrem Zuständigkeitsbereich eine bedeutende Rolle zu. Aufforderung für Vorbereitungsmassnahmen der Gemeinde bei Stromabschaltungen. Das steht in diesem Leitfaden.

Wir hatten auch Sitzungen mit dem RFO, das ist die regionale Führungsorganisation des Bevölkerungsschutzes. Diese haben uns ebenfalls eine solche Liste zur Verfügung gestellt, die man durchlesen kann, damit man nichts vergisst. Das sind die Rechtsgrundlagen. Das muss sie nicht weiter interessieren, was aber interessiert, ist der § 9 vom Bevölkerungsschutz und Zivilschutzgesetz Aargau. Dort drin steht was für Aufgaben die Gemeinde im Katastrophenfall hat. Dort kann man lesen: Sicherstellung der Gemeinde- und Verwaltungstätigkeit. Sicherstellung der Information von Bevölkerung und Behörden. Erlass von Anordnungen im Rahmen seiner Zuständigkeit. Entscheid über Einsatz und Koordination der für die Bewältigung notwendigen kommunalen, regionalen Dienste und Organisationen, sowie der privaten Organisation. Das ist die Aufgabe der Gemeinde in dieser Situation. Mit was für Mittel macht es die Gemeinde? Insbesondere ist die Gemeinde verpflichtet, finanzielle Mittel für Sofortmassnahmen bereitzustellen.

Auf diesen Absatz stützen wir unseren Entscheid über die Anschaffung des Notstromaggregats. Die genaue zeitliche Abfolge werde ich später noch darlegen. Denn was ist eine Sofortmassnahme? Es war so gewesen, dass die Gemeinde im September 2022 eine Taskforce eingesetzt hat mit dem Namen Energiemangel. Mitglieder, das könnt ihr hier lesen, sind Mitglieder des Gemeinderates, der Geschäftsleitung und der Verwaltung. Punktuell haben wir ebenfalls Leute aus der Feuerwehr mit einbezogen, vom RFO, von der EGS und von der Stadtpolizei. Es haben regelmässige Treffen stattgefunden, dort hat man Fragen koordiniert, offene Punkte abgeklärt, zurückgetragen, Entscheidungen und Empfehlungen ausgearbeitet und den Vergabeentscheid hat der Gemeinderat getroffen. Hier sehen sie einen Überblick über die getroffenen Abklärungen, diese Liste ist nicht vollständig.

Die kurzfristigen Sparmassnahmen, die sind uns allen noch in Erinnerung, dass wir plötzlich nur noch 19 Grad in den Zimmern hatten. Die Beleuchtungen wurden abgestellt, es hatte keinen Weihnachtsbaum beim Kreisel. In der Schule hatten sie auch keine Freude, es war kühler geworden. Wir haben uns über den Ort, die Zusammensetzung und die Arbeitsmittel des Krisenstabs auseinandergesetzt. Wir haben Karten beschafft, wir haben Folien beschafft, dass man schreiben kann etc. Wir haben eine Einsatzplanung gemacht vom Gemeindepersonal, der Wasserversorgung und dem Baudienst. Die Feuerwehr hat ebenfalls eine Einsatzplanung vorgenommen. Warum? Darauf komme ich noch zurück.

Wir haben uns mit der Stromversorgung des Technischen Zentrums beschäftigt, mittlerweile wird das durch die EGS abgedeckt. Für die Wasserversorgung, da hatten wir ebenfalls schon Kredite beantragt und jetzt kommt das Gemeindehaus. Wir sind zuerst einmal auf die Suche nach Mietaggregaten gegangen, leider waren wir nicht erfolgreich. Wir wollten dann etwas kaufen, denn es gibt ja nichts und auch da mussten wir Glück haben, dass wir etwas gefunden haben. Dann haben wir uns um die Sicherstellung des Treibstoffs gekümmert. Normale Tankstellen funktionieren nicht ohne Strom. Wir haben für die Kommunalfahrzeuge beim Forstbetrieb Siggenberg jemanden gefunden, der dort ein Aggregat hat. Für die Notstromaggregate haben wir einen örtlichen Gewerbetreibenden gefunden, der ebenfalls die Möglichkeit hat, den Treibstoff herauszupumpen. Dann ging es um die Aufrechterhaltung der Trinkwasserversorgung, um die Kehrichtentsorgung, die Lebensmittelversorgung für die Bevölkerung und den Zugriff auf die IT des Technischen Zentrums. Sicherstellen der Kommunikation innerhalb der Gemeinde unter den verschiedenen Einheiten. Wir haben auch Funkgeräte angeschafft, damit wir vom Krisenstab mit der Wasserversorgung, dem Baudienst und der Notfalltreffpunkte in Kontakt bleiben können. Die Sensibilisierung der Schule und den Pflegheimen haben wir ebenfalls gemacht.

Wir haben in den Sitzungen bereits diskutiert, wo soll der Krisenstab sein? Soll dieser im Gemeindehaus sein? Soll dieser im Technischen Zentrum sein? Es war uns sehr wichtig gewesen, wo die Leute hinkommen, wenn sie Hilfe suchen. Sie kommen ins Gemeindehaus. Im Gemeindehaus hat es auch einen Notfalltreffpunkt. Die Differenzierung ist natürlich für die Leute schwer, wann Notfalltreffpunkt und wann Gemeinde? Es würde dort eine Triage stattfinden. Der Notfalltreffpunkt kann Blaulicht-Organisationen alarmieren aber die anderen Hilfsanfragen, die würden dann durch die Gemeinde gelöst werden müssen. Die Krisenorganisation ist

vor Ort, diese priorisiert und sie organisiert. Die Verwaltungsmitarbeitenden, welche dort sind, können ebenfalls in die Organisation eingebunden werden und auch in den Betrieb des Notfalltreffpunkts.

Der Server-Standort ist im Gemeindehaus. Die Verwaltung kann auf die Daten zugreifen, zum Beispiel herausfinden, wie viele Leute und wer wohnt in einem bestimmten Gebäude? Gibt es Leute, die gebrechlich sind und Hilfe brauchen? Das finden wir in den Daten. Dann ist das Gemeindehaus auch der Ort, wo die Kommunikation und die Information der Öffentlichkeit stattfindet. Per Definition findet das natürlich auch beim Notfalltreffpunkt statt. Im Technischen Zentrum waren wir der Meinung, dass es möglichst frei bleiben soll, damit sich dort die Einsatzkräfte bewegen können. Es ist auch zu wenig Platz für die Krisenorganisation der Gemeinde. Es hat dort keine IT, wir wissen auch nicht, wie wir dort arbeiten sollten. Es ist aus unserer Sicht, nicht der richtige Ort.

Kurz ein Punkt zu den Notfalltreffpunkten. Die Funktion des Notfalltreffpunktes findet ihr oben auf der Folie. Ich möchte dazu kommen, wie man die Notfalltreffpunkte besetzt. Es ist so, dass die kantonale Notrufplattform-Zentrale als erstes die Feuerwehr alarmiert, die besetzen dann den Notfalltreffpunkt mit dem Polycom-Gerät. Mit diesem Gerät kann man Blaulichtorganisationen, also die Polizei, den Rettungsdienst und die Feuerwehr alarmieren. Man kann ebenfalls die RFO mit dem Kontakt zum Kanton kontaktieren. Es findet dann ein Konferenzgespräch statt.

Mit dem RFO und je nachdem um was für ein Ereignis es handelt, wie lange das gehen könnte, wird dann zusätzlich der Zivilschutz alarmiert. Erst nach der Alarmierung des Zivilschutzes, nach 2 Stunden, wird dann der Notfalltreffpunkt durch den Zivilschutz besetzt und sie bringen dann auch die Ausrüstung mit. Es ist uns eingeschärft worden in der Bevölkerungsschutzkommission, dass die RFO und der Zivilschutz den Treffpunkt nicht tagelang betreiben können. Wir müssen damit rechnen, dass die Mitarbeitenden der Gemeindeverwaltung unterstützen müssen. Deshalb haben wir auch einen Einsatzplan erstellt.

Dann gibt es einen zweiten Fall, wenn es ein lokales Problem ist. Zum Beispiel, wenn man Trinkwasser abgeben muss, dann kann auch die Gemeinde den Notfalltreffpunkt installieren. Wir haben jetzt sehr oft über den Stromausfall gesprochen, das ist aber nicht der einzige Fall, dass so ein Krisenstab ausgerufen wird. Es kann auch bei einem Grossbrand sein oder bei einer Explosion. Wir haben dies ja leider erlebt. Wir mussten Leute unterbringen, die bei uns im Gemeindehaus erschienen sind. Es gibt Hochwasser, Stürme, da kann es ähnliche Konstellationen geben. Unterbringung von Personen, Pandemie, Corona, da haben wir Erfahrung. Den Todesfall einer Führungsperson leider auch, Mitglied der Exekutive, Trinkwasserverschmutzung in der Schule, ein Dachstock eines Schulhauses, den man kurzfristig räumen musste, Hackerangriff auf die IT der Gemeinde, da gibt es ein fertiges Sicherheitsdispositiv. Die Zusammensetzung des Krisenstabs hängt also auch vom konkreten Einzelfall ab.

Jetzt kommen wir wieder zum Kern dieser ganzen Sache. Warum ein Notstromaggregat für das Gemeindehaus? Im Gemeindehaus soll die Krisenorganisation sein. Der Server der Gemeinde-IT steht da. Die aktuelle USV reicht um die Server runterzufahren, danach gibt es keine IT mehr. Der Serverraum muss konstant gekühlt werden, es hat also eine Klimaanlage, damit die Server nicht überhitzen.

Das Gemeindehaus ist der zentrale Knotenpunkt dieser Lichtwellenleiter, die für die Datenverbindungen in Gemeindeliegenschaften dienen. Die Lichtwellenleiter funktionieren nur, wenn beide Endpunkte mit Strom versorgt sind. Das ist jetzt eine sehr schematische Darstellung, aber ich glaube, man kann sie verstehen. Man sieht hier in der Mitte die IT mit dem Serverraum im Gemeindehaus. Die roten Striche, das sind die Lichtwellenleiter, die in die verschiedenen Gemeindeliegenschaften führen. Wie ich gesagt habe, nur wenn beide Endpunkte Strom haben, gibt es auch Zugriff auf die IT. Jetzt kann es natürlich passieren, dass irgendwo ein Leiter unterbrochen wird. Da muss ich nicht viel sagen, dann ist fertig. Ebenfalls fertig ist, wenn das Gemeindehaus kein Strom hat. Man kann das Ganze natürlich anders organisieren,

man kann die Server in einem anderen Gebäude unterbringen. aber dann muss man eigentlich die ganze Struktur anpassen. Man kann sich auch an einem anderen Ort treffen. Solange die Verbindungen funktionieren, ist alles gut. Aber wie gesagt, wenn es im Gemeindehaus keinen Strom hat, gibt es keine IT.

Ich komme noch zum Ablauf dieser Beschaffung. Wir haben unsere Taskforce im September 2022 gegründet. Im Oktober 2022 hat es eine erste Bedarfsrechnung gegeben und dann sind wir auf die Suche nach einem Miet-Stromaggregat gegangen. Es hat keines gegeben. Wir sind auf Bauunternehmer zugegangen und haben gefragt, ob sie ein solches Gerät hätten. Sie haben diese selber gebraucht. Sie hatten gesagt, wir könnten euch eines einstellen. Es ist aber auch so, dass in einer solchen Situation, wenn es wirklich ganz schlimm ist, dann werden die Aggregate zum Teil auch beschlagnahmt.

Wir sind zum Schluss gekommen, wir würden gerne eines kaufen. Aber das war leider nicht so einfach. Wir haben mehrere Absagen erhalten. Wir haben dann jemanden gefunden, der uns etwas offeriert hat. Ja, die Lager sind leer gewesen, wöchentlich sind die Preisen raufgegangen, wöchentlich hat es längere Lieferfristen gegeben. In dem Moment haben wir gesagt, wir entscheiden, wir kaufen jetzt das Notstromaggregat. Das war der Grund. Dann haben wir uns entschieden, dieses innen aufzustellen. Es ist ein Jahr gegangen, bis es geliefert wurde. Wir haben im September im Gemeindehaus eine Lastprüfung durchgeführt, mit dem kleineren Aggregat (60 kVA) der Wasserversorgung. Man hat gesehen, dass damit der Lift ebenfalls laufen würde. Das Gerät der Gemeinde hätte 45 kVA und darum musste entschieden werden, ob ein grösseres Gerät angeschafft werden soll, damit der Lift funktioniert oder wird der Lift einfach abgestellt. Die Rückgabe vom beschafften Gerät wäre mit Zusatzkosten verbunden gewesen. Wir sind dann im Dezember 2024 zum Schluss gekommen, nein, wir halten am bestellten Gerät fest, wir machen das mit dem Lastabwurf, das ist eine gängige Praxis. Der Hintergrund war der, dass für das Anlaufen von Liften, die siebenfache Anlaufspannung braucht, als im Normalbetrieb. Die Dimensionierung ist korrekt. Wir haben Offerten für die Benutzeraufstellung und für die Elektroinstallation eingeholt.

Noch etwas zur Innenaufstellung. Die Innenaufstellung wurde geprüft. Dabei wurde festgestellt, dass um das Aggregat ein Raum gebaut werden müsste, damit die Brandschutzmassnahmen eingehalten werden könnten. Die Befüllung wäre sehr umständlich. Für den Motor braucht es zusätzlich eine Belüftung und eine Entlüftung. Es braucht zusätzliche Hochwasserschutzmassnahmen für den Keller. Was gleich bleibt, dass es ein Kamin und die Umschaltung im Stromnetz braucht.

Grundsätzlich wäre das Gerät auch für eine Aussenaufstellung geeignet, weil es schallisoliert ist. Was man zusätzlich noch anbringen muss, ist eine Regenrinne und eine zusätzliche Sicherung der Türen. Zur Dimensionierung des Notstromaggregats war die Frage, ob man nicht auch ein kleineres Aggregat kaufen konnte? Das könnte man, man müsste dann aber einen Teil des Gemeindehauses abkoppeln von der Notstromversorgung. Das heisst, es sind zusätzliche Umbauten in der Stromverteilung nötig was wiederum Kosten generiert. Es braucht eine 2-fache Schaltung. Also einerseits muss das Haus getrennt werden vom Stromnetz, das ist auch bei grösseren Aggregaten so und dann muss es eben noch intern zu diesen Umschaltungen kommen.

Müsste es ein grösseres Aggregat geben? Wir haben Versuche gemacht und haben gesehen, wenn man ein Grösseres kauft, dann ist der Betrieb des Lifts möglich. Es wäre auch für eine Reserve, für den Ausbau des Gemeindehauses, gut. Es ist aber so, dass es eigentlich dann zu gross ist und man muss ja auch jährlich einen solchen Betrieb aufgleisen. Um das auszulasten, muss man die Last-Bank dazu nehmen, nur dann wird das Gerät wirklich durchgeputzt, geschmiert und wirklich aktiv gehalten. Es hat auch einen höheren Preis, höhere Installationskosten für den Treibstoffverbrauch und höhere Emissionen. Die Redundanz hingegen mit dem kleineren Gerät der Wasserversorgung wäre gegeben, denn da haben wir nämlich genau so ein 60 kVA-Gerät. Es müsste eine neue Planung erstellt werden, das kostet wiede-

rum zusätzlich und es geht länger, bis wir so ein Notstromaggregat haben. Auf den Punkt gebracht, wir waren der Meinung, dass wir nur das Gerät anschaffen können, welches wir brauchen.

Eine Frage war, wäre ein mobiles Gerät sinnvoller? Ein mobiles Gerät müsste während dem Stillstand untergebracht werden und wir haben im Moment keinen Platz dafür. Das heisst, wir müssten uns irgendwo einmieten. Wenn es dann gebraucht würde, müsste das zuerst zum Gemeindehaus transportiert werden. Es müsste auch stetig überwacht werden. Es müsste einen manuellen Anschluss haben, also so einen Ort, ich sage dem jetzt einmal die Steckdose. Es ist keine automatische Umschaltung, das heisst, die IT steht in einer bestimmten Zeit nicht zur Verfügung. Die Installation braucht menschliche Intervention und das dauert. Das ist jetzt vielleicht nicht das beste Argument, aber die Beschlagnahmung wäre einfacher. Die feste Installation ist rund um die Uhr einsatzbereit, sie ist fest mit der Stromversorgung, also mit dem Schaltkasten, im Gemeindehaus verbunden. Es findet eine automatische Umschaltung statt, es gibt keinen IT-Unterbruch. Das mit der Beschlagnahmung ist nicht ganz so einfach.

Gerne gebe ich noch ein paar weitere Informationen über das angeschaffte Gerät. Das Gerät hat einen Tank von 100 Liter und gemäss Lieferanten sollte dies für 13 Stunden reichen. Man ist in der Lage, in dieser Zeit neuen Treibstoff zu organisieren. Kulanterweise erhalten wir vom Lieferant 1 Jahr Zusatzgarantie auf das Aggregat, weil es eigentlich bei ihnen gestanden ist. Auf die Umrüstung und die weiteren Arbeiten erhalten wir bei der Auftragsvergabe 2 Jahre Garantie. Die Treibstoffreservation bei örtlichen Unternehmen ist organisiert, der Bezug funktioniert auch bei Stromausfall. Der Treibstofftransport geschieht durch die Wasserversorgung. Noch ein Hinweis, wir haben uns mit einem Lieferanten in Verbindung gesetzt, betreffend der Frage der Fraktionspräsidien-Sitzung, wegen der Garantie. Er hat uns mitgeteilt, dass er wissen muss, was mit dem Gerät passiert, wenn wir es nicht übernehmen. Bis Ende des Jahres erhalten wir die Kulanzgarantie. Sollten wir das Gerät länger bei ihm lagern, wird er ab Januar 2026 Mietkosten für die Lagerung verlangen. Das ist nicht eine Drohung, das war eine Mitteilung des Lieferanten.

Dann ist noch die Frage gekommen: Wie hoch ist denn die Gefahr eines Stromausfalls? Ich kann nur auf folgendes verweisen. Wir haben verschiedene Erfahrungen gemacht, dass es grössere Stromausfälle gibt. Ich weiss nicht, ob ihr euch daran erinnern könnt. Wir hatten auch einmal in der Trafo-Station im Markthof einen Brand, da gab es ebenfalls ein grosser Ausfall. Es gibt immer wieder Stromausfälle. In Valencia passierte es erst im letzten Jahr. Man weiss, das gesamteuropäisches Netz ist ein wenig fragil. Es gibt verschiedene Szenarien, aber ich kann euch auch nicht sagen, ob und wann wir einen Stromausfall bekommen. Das führt mich zurück zu dieser Eingangsfrage, die ich euch stelle. Soll das Gemeindehaus mit den IT-Servern mit einer Notstromversorgung ausgestattet werden, ja oder nein?

Christian Blum: Vielen Dank für die ausführliche Beantwortung. Ich würde mal sagen, dass ein grosser Teil der Fragen beantwortet wurden, die wir hatten oder haben. Das macht es jetzt ein bisschen schwierig. Wir haben darüber diskutiert und haben uns darauf eingestellt, dass wir das Geschäft zurückweisen wollen und nicht zustimmen. Jetzt schwankt es ein bisschen.

Ich gehe jetzt mal ins Detail. Als erstes möchte ich sagen, dass ich es generell gut finden würde, wenn diese Art von Geschäft nicht an der Sitzung behandelt wird, bei der auch das Budget behandelt wird. Denn es nimmt uns die Zeit, die wir brauchen, um die Finanzen zu besprechen. Das ist ein bisschen schade. Schön wäre es, wenn so ein Geschäft danach kommen würde oder erst im Dezember.

Was ein bisschen klarer geworden ist, durch die Ausführung von dir, Bettina Lutz Güttler, dass es deutlich mehr Konzept, Überlegungen und Vorbereitungen gibt, als wir jetzt gesehen haben, als wir das Geschäft besprochen haben. Das ist sicherlich positiv. Was ich noch nicht sehe oder was für mich noch nicht klar ist, gibt es hier einen umfassenden Notfallplan in der Gemeinde, in dem alles Mögliche abgedeckt ist? Hat der Markthof zum Beispiel ein Notstrom-

gerät? Was machen die? Wie hält die Migros ihre Kühlschränke kalt? Wie sieht es in der Lebensmittelversorgung aus? Funktioniert die Apotheke im Markthof? Das sind Sachen, die sind jetzt nicht direkt mit dem Aggregat verbunden, aber es wäre interessant zu wissen, wie weit dieses Konzept geht. Das kann man ein Stück weit dahingestellt lassen.

Was uns auch beschäftigt, wir haben als Erstes die Notstromversorgung für die Wasserpumpen genehmigt. Jetzt kommt das Notstromaggregat für das Gemeindehaus. Wenn es im Konzept einen Notfallplan gibt, gibt es da eventuell noch weitere Investitionen, die anstehen? Wir haben von Peter Marten gehört, dass es nicht so ist, aber das riecht ein bisschen danach oder hätte sein können. Dass in mehreren Sitzungen mehrere Komponenten von diesem Notfallplan dann zu finanzieren sind, dann wäre es auf jeden Fall besser, wenn man alles auf einmal besprechen würde und nicht jedes Jahr für irgendeine Anwendung ein Aggregat anschafft. Das sieht jetzt mal nicht so aus, als müssten noch weitere Ausgaben getätigt werden. Das war auch so eine Frage, die wir hatten.

Was von den Fragen noch offen ist. Das Gerät wird aussen aufgestellt. Ich habe mir die Installationsanleitung vom Gerät angeschaut. Es darf nicht aufgestellt werden, dort wo es Hochwasser geben kann. Das ist sicherlich Risiko, dass es dort eine Überflutung gibt, dann funktioniert das Gerät nicht mehr.

Zur mobilen Lösung, ich bin noch nicht ganz überzeugt von deinen Ausführungen. Wir haben bei der Wasserversorgung bewusst eine mobile Lösung gewählt. Wir haben den Präzedenzfall schon mit dem Asterix. Der Obelix ist so halb fix installiert, der Asterix wird aber auch bei einem Stromausfall tatsächlich mit dem Anhänger zu der Pumpe hingefahren. Warum kann man nicht das gleiche im Gemeindehaus machen? Also dass auch die Überwachung eines Gerätes in der kommunalen Landschaft steht und läuft, den Fall haben wir ja heute schon.

Vielleicht kann man sich auch überlegen, ob man sagt, wir starten einmal damit. Wir machen eine mobile Lösung und warten auf den ersten Stromausfall. Dann sehen wir, was das bedeutet. Das mit dem testen beim Gemeindehaus, ich nehme an mit dem Asterix, heisst das auch, dass man nicht viel so viel installieren müsste, um diese Lösung zum Laufen zu bringen? Also statt CHF 108'000 würden wir dann mit deutlich weniger, CHF 10'000-20'000, zurechtkommen. Deswegen würde ich sagen, diese mobile Lösung kann man nicht einfach von der Hand wegweisen. Diese ist nicht so elegant wie die andere Lösung, es würde ebenfalls so 2-3 Stunden Unterbruch geben. Jemand muss das Aggregat hinfahren, es muss gelagert werden. Ich denke auch, dass es Sinn machen würde, wenn wir nochmal darüber nachdenken.

Es gibt eine Notstromversorgung vom Technischen Zentrum durch die EGS. Also hier noch die Frage, gibt es nicht auch die Möglichkeit, dass die EGS etwas Kreatives macht für das Gemeindehaus? Das wäre überhaupt die schönste Lösung, wenn es eine Art Notstromservice geben würde von der EGS. Ich habe eine Gemeinde gefunden in Deutschland, da macht die Energieversorgung genau das. Die stellen zentral für die Feuerwehr, für die Wasserpumpen und für das Rathaus die Notstromversorgung. Also anstatt, dass man dann an mehreren Stellen Notstromaggregate kaufen muss, gibt es halt ein Grosses beim Stromversorger. Das wäre eigentlich die schönste Lösung. Wir sind jetzt schon einen Schritt in die Dezentralisierung gegangen. Die Geräte für die Wasserversorgung wurden angeschafft, also wahrscheinlich ist das hinfällig, aber trotzdem frage ich mich, ob die EGS vielleicht eine smarte Idee hat. Die EGS mietet ja selbst auch ein Notstromaggregat, vielleicht lässt sich damit was machen, das ist auch mobil.

Wir von der FDP-Fraktion machen jetzt kein Riesending draus, dass das Gerät nicht durch den Einwohnerrat gelaufen ist. Wir sagen es so, es wäre schön gewesen, wenn es irgendwann einmal in einer Sitzung erwähnt worden wäre. Ich habe es in keinem Protokoll gefunden. Ich denke, wir bleiben bei unserer Meinung, das heisst, wir lehnen das Konzept Notstrom für das Gemeindehaus nicht grundlegend ab. Wir würden aber gerne sehen, dass noch mehr über eine Lösung nachgedacht wird oder mehr Optionen präsentiert werden. Wir schlagen vor,

dass das ganze an die Dezember-Sitzung verlegt wird.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Wegen der EGS-Lösung für das Gemeindehaus. Auf diese Idee sind wir in unseren Diskussionen selbstverständlich auch gekommen. Wir haben die EGS gefragt, es ist nicht möglich. Die andere Frage, warum nicht Mobil? Ich muss da Kevin Nolle bitten, die Installationen sind leicht anders, aber das weiss er besser.

Kevin Nolle, Leiter Liegenschaften: Das Thema Mobil ist in mehrerer Hinsicht etwas Speziell. Mobil ist gut, man sieht es überall. Man stellt das auf ein Fahrzeug, man fährt es hin, man steckt es ein und dann läuft es. Alles, was mobil ist, ist eventuell genau dann, wenn wir es brauchen nicht dort, wo wir es haben wollen. Das heisst, man fährt es hin und es ist überwacht. Mobile Lösungen müssen wegen der LRV, also der Luftreinhalte-Verordnung, überwacht sein. Warum ist das so? Weil die Kaminanlage relativ kurzgehalten ist. Es kann sein, dass Abgase in einen Raum eindringen, wo sich jemand befindet. Im Schlaf riechen wir nichts, man könnte umfallen oder man liegt schon, wenn man schläft und kann dann nicht mehr aufstehen. Deshalb muss das Gerät permanent überwacht werden. Eine Fixinstallation trägt eine Kaminanlage mit sich, die ist vorschriftsgemäss über dem Dachgiebel. Somit ist sichergestellt, dass nichts passieren und man diese unbewacht mit einem automatischen Antrieb laufen lassen kann. Mobile Lösungen kann man machen, man hat aber immer eine Verzögerung. Das heisst, unsere Serveranlagen fahren nach 10 Minuten herunter und dann ist alles tot. Das heisst, alle die darauf zugreifen sollten, können es nicht mehr und dann muss man es wieder hochfahren. Das heisst, wenn wir jetzt nicht das grösste Szenario haben, sondern einfach mal eine Leitung defekt ist, dann kann es passieren, dass alles runterfährt und viele Leute in unterschiedlichen Gebäuden nicht mehr ins Netz oder IT kommen. Das haben wir natürlich, wenn das Gerät automatisch anläuft bis die Server runtergefahren sind nicht. Das stützt in dieser Zeit und lädt nachher alle Server wieder so, dass es bei einem weiteren Unterbruch dann wieder gesichert ist. Das wäre so geschalten, dass es automatisch wieder zurück zum eigenen Netzbetrieb geht. Beim mobilen Gerät funktioniert das aber alles nicht.

Volkmar Haueisen: Wir sind mit der Überlegung gestartet, braucht man es überhaupt? Nur weil wir das Aggregat haben, darf es nicht zum Automatismus führen, dass wir jetzt auch noch einmal Geld ausgeben und es installieren. Man könnte sich auch vorstellen, dass man es wieder verkauft und einen Erlös dafür erhält. Zudem käme das Sparen der CHF 108'000 hinzu, die beantragt sind. Es gibt den § 9, den Bettina Lutz Güttler vorgestellt hat, vom Gesetz über Bevölkerungsschutz und Zivilschutz im Kanton Aargau. Die Gemeinde ist verpflichtet, einen Verwaltungsbetrieb aufrechtzuerhalten. Da führt kein Weg drumherum zu verschiedenen Konzepten, da haben wir auch mit deinen Ausführungen einiges gehört. Ich persönlich sehe jetzt nicht bei den verschiedenen Optionen, die man alle prüfen könnte, von meinem kurzfristigen Einschätzungsvermögen so grosse Sparpotenziale. Insgesamt sind wir mehrheitlich in der Diskussion zum Schluss gekommen, dass es richtig ist, das Gerät zu beschaffen. Der gewählte Aufstellungsort und die Automatisierung sind richtig. Aus der Diskussion habe ich von den Konzepten einiges erfahren, was meiner Meinung nach, wir konnten uns jetzt nicht absprechen, diesen mehrheitlichen Beschluss in jedem Fall stützt. Meine persönliche Meinung, deswegen unterstütze ich es weiter, ich denke aus der Diskussion welche wir in der Fraktion hatten, werden wir auch weiterhin mehrheitlich dem Antrag des Gemeinderates folgen.

Jacqueline Magni: Grundsätzlich ist auch die EVP-Fraktion für die Installierung eines Notstromaggregats. Wir hätten uns einfach gewünscht, alle Informationen schon vorher zu haben, also nicht alle aber zumindest einen Grossteil davon, um ganz viel Umtrieb und Diskussionen zu ersparen. Ich schliesse mich auch dem Votum der FDP-Fraktion an, es ist gerade ein bisschen schwierig zu entscheiden, was machen wir jetzt oder was machen wir nicht. Wenn wir 2 Minuten Zeit hätten, um uns abzusprechen, bevor wir abstimmen, wäre das von Vorteil.

David Wick: Ich weiss, wir haben die Pädagogik abgeschlossen, aber nur noch kurz dazu: Ich habe zwei Kinder und sie können viel von mir lernen, aber ich kann auch von ihnen lernen. Zum Beispiel, wenn mein Sohn auf mich zukommt und lange etwas sagt, dann will er das un-

bedingt. Ich versuche, hier eine Parallele zu finden. Warum wollen wir überhaupt so ein Notstromaggregat? Wir haben eine kleine Recherche in der Umgebung gemacht. Es gibt 22 Gemeinden in der Umgebung und nur eine davon hat ein Notstromaggregat für das Gemeindehaus und das ist Untersiggenthal. Dort liegt der Fokus auch auf der IT und nicht auf dem gesamten Gemeindebetrieb. Ich habe übrigens auch die Gesetze und Verordnungen gelesen, aber nirgends steht ganz genau aufgeschlüsselt, was genau der Verwaltungsbetrieb ausmacht. Die Ausgaben für Grüngutmarken sind sicher nicht relevant, es gibt wichtigere Sachen. Wir als glp-Fraktion sind der Meinung, dass man diese auch anders abdecken kann. Baden hat kein Notstromaggregat in diesem Sinne und Aarau ebenfalls nicht. Wohlen hat eines via Einwohnerrat verworfen, hier ging es um CHF 200'000. Es wurde am 4. September abgelehnt, aus den Gründen, die schon genannt wurden und die wahrscheinlich auch noch genannt werden. Ich werde nicht zu viel vorgreifen. Wir, als glp-Fraktion, sind der Meinung, dass wir mit den vorhandenen Generatoren ausreichend ausgestattet sind. Wahrscheinlich handelt es sich hier schon um die höchsten Generatoren. Wir werden den Antrag ablehnen und den Rückweisungsantrag annehmen.

Marco Erni: Wir haben ein wenig umstritten diskutiert, wir sind geteilter Meinung in der SP-Fraktion. Wir haben verschiedene Argumente gehört. Wir haben verschiedene Fragen eingereicht, die alle beantwortet wurden. Eine Frage hast du beantwortet, David Wick. Von dem her, haben wir ein relativ gutes Bild über die gesamte Situation. Wir haben uns überlegt, ja klar, es gibt gewisse Nutzen, dieser ist unumstritten, aber wir könnten auch CHF 100'000 sparen. Die mobile Lösung, ist nicht optimal, aber wir könnten sie anschliessen und hätten dann eine halb gute Lösung. Was man jetzt nicht weiss, wann tritt so ein Schaden ein? Wie lange geht dieser? Wie teuer ist es? Die Investitionen versus was man spart, wenn wir in der Gemeindeverwaltung alle weiterarbeiten können.

Es scheint mehr darum zu gehen, dass man schnell ohne Verluste weiterarbeiten kann. Das kann uns natürlich niemand beantworten. Darum wird es jetzt auch noch ein bisschen um das Gefühl gehen, was ist es denn wert? Wie gut sollte man sich versichern? Ein bisschen unterversichern oder überversichern? Diese Frage kann einem niemand abnehmen. Wir werden es nachher diskutieren und sicher zu einer interessanten oder vielleicht noch offenen Abstimmung kommen. Ich bin gespannt.

Daniel Gadient: Ich bin ein wenig irritiert nach der Zeitreise und der Gefahreneinschätzung von Bettina Lutz Güttler. Normalerweise ist doch die SVP-Fraktion für die "Angstmacherei" zuständig, wenn wir das mal so im Raum stehen lassen. Wir haben uns auch Gedanken gemacht, ich habe auch schon gewisse Gespräche geführt. Die aktuelle Vorlage wirft grundlegende Fragen auf, sowohl in der Planung, Zweckmässigkeit und Legitimation des Projekts. Die Garantie ist inzwischen abgelaufen. Dass der Antrag erst jetzt dem Einwohnerrat vorgelegt wird, zeigt deutliche Mängel an der Projektführung. Der aufgeführte Zusammenhang mit dem Notfalltreffpunkt überzeugt nicht, die Treffpunkte sind eigenständig organisiert und verfügen über eigene Strukturen. Die Behauptung, dass im Gemeindehaus alle Kommunikationspunkte zusammenlaufen, stimmt so nicht ganz. Korrekt ist, wie Bettina Lutz Güttler gesagt hat, dass das Polycom-Funkgerät dort stationiert ist, welches die Verbindung nach Aarau sicherstellt.

Würden wir die Logik der Vorlage weiterziehen, müssten wir das Schulhaus in Kirchdorf ebenfalls mit dem Generator ausstatten, weil dort das zweite Polycom-Funkgerät installiert oder positioniert ist. Zudem scheint das Aggregat doch schon an der Leistungsgrenze zu sein, wenn man den Lift abstellen muss. Ich bin sehr überrascht, dass der Gemeinderat genau das richtige Aggregat gekauft hat, obwohl man die Leistungsmessungen erst nachher gemacht hat. Das finde ich speziell. Bei der Erweiterung des Gemeindehauses wäre das Aggregat definitiv zu klein und die Erweiterung haben wir schon mehrfach erwähnt. Besonders unverständlich ist für uns, die Wahl über ein Outdoor-Gerät, obwohl sich das Gemeindehaus in einer Hochwasserschutzzone befindet. Das widerspricht jeglicher sinnvoller Risikoabwägung. Die Bevölkerung soll für die mangelhafte Planung und die fehlenden Abklärungen zahlen, das kann nicht die Lösung sein. Das Notfallkonzept der Gemeinde existiert offenbar, ist aber dem Einwohnerrat

nicht vorgelegt worden. Etwas haben wir heraussehen können, aber wir konnten keine Übersicht daraus erkennen. Die Zuständigkeiten, die Abläufe, die Durchhalte-Fähigkeit und die Aufgabe im Krisenfall müssen klar definiert sein. Dazu kommt, dass der Kauf ohne politische Legitimation getätigt wurde und das überschreitet die Kompetenzen vom Gemeinderat um weites. Wir können es uns auch nicht erklären, wie man ein Aggregat von CHF 36'500 kaufen kann. Wenn wir im Internet recherchieren, sind wir bei CHF 13'000 bis 18'000, für das gleiche Aggregat. Dann zu guter Letzt, zum Finanziellen. Das Ganze wurde im Januar 2023 genehmigt, dies haben wir vorhin auf der Vorlage von Bettina Lutz Güttler gesehen. Wieso das Ganze in der Rechnung 2022 drin ist, würde mich schon interessieren. Von einer Dringlichkeit zu sprechen, finde ich auch sehr schwierig, wenn eine Lieferfrist von 40 Wochen besteht. Ich habe nachgeschaut, wir hatten seither 10 Einwohnerratssitzungen. An keiner dieser zehn Einwohnerratssitzungen ist der Gemeinderat auf uns zugekommen und hat uns mitgeteilt, dass diese Summe überschritten wurde. Dies zur Information. Die Vorlage erwähnt den Artikel 9 des Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetzes. Es heisst lediglich, dass die Gemeinde im Krisenfall dafür zu sorgen hat, dass die Verwaltungstätigkeit sichergestellt ist. Das kann man extrem weit auslegen. Das kann von einem Papier und einem Filzstift bis zu einem ganzen Gemeindehaus sein. Auch dort könnte man einen kleinen Abstrich machen und nicht immer die Luxuslösung haben. Todesfälle zum Beispiel, die ganz klar erfasst werden müssen, wenn es in einer solchen Situation so weit ist, kann man auf Papier schreiben. Wenn das System wieder läuft, dann im System eintragen. Die Gemeinde hat auch viele Schnittstellen zum Kanton, die dann aber nicht laufen, wenn die Verbindung nicht da ist.

Aufgrund der vorangehenden Punkte schlägt unsere Fraktion deshalb eine klare und sachgerechte Lösung vor. Der Krisenstab, bestehend aus RFO, ZSO, Feuerwehr und Wasserversorgung, arbeitet im Ereignisfall im Technischen Zentrum. Es liegt nahe und ist organisatorisch sinnvoll, dass auch der Krisenstab der Gemeindeverwaltung sich da vorne einrichtet und entsprechend plant. Wer dem Krisenstab angehört und was wirklich laufen muss, muss klar im Notfallkonzept festgehalten werden. Aus den genannten Gründen werden wir den Antrag auf Rückweisung von diesem Kredit beantragen mit der Aufgabe an den Gemeinderat in einer nützlichen Frist, ein neues Notfallkonzept vorzulegen, in welchem die reduzierten im Krisenfall nötige Verwaltungs-Räumlichkeit im Technischen Zentrum bezieht und das illegal angeschaffte Notstromaggregat, sobald das Notfallkonzept es erlaubt, zum Best möglichen Preis zu verkaufen.

Mara Jenni, Präsidentin: Ich bin mir ein wenig unsicher, ob wir einen Rückweisungs-Antrag mit einem neuen Antrag verknüpfen können? Es geht nur um die Rückweisung. Bettina Lutz Güttler möchtest du noch kurz Stellung nehmen vor der kurzen Pause, damit die einzelnen Fraktionen darüber diskutieren können?

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Die Notfallkonzepte werden nicht von einem Einwohnerrat genehmigt. Notfallkonzepte müssen kurzfristig angepasst werden können. Das ist ein Arbeitspapier der Verwaltung, das ist operativ. Stellt euch vor, es gibt ein Notfallkonzept, das genehmigt wird vom Einwohnerrat. Was passiert damit? Ist es dann rechtskräftig? Muss man jedes Mal, wenn man etwas ändert, wieder vor den Einwohnerrat gehen? Einfach nur so als Gedankenspiel. Ich möchte die Verknüpfung mit dem Notfallkonzept wirklich aussen vorlassen. Ich möchte euch daran erinnern, die IT ist im Gemeindehaus. Wenn wir kein Aggregat haben, können wir nicht auf Daten zugreifen. Dann kann auch die Feuerwehr nicht auf Daten zugreifen. Wir haben nichts. Es ist mir bewusst, Untersiggenthal, ja, die haben ein Notstromaggregat, andere Gemeinden haben keines. Ich weiss nicht, was dort die Überlegung ist. Es ist so, dass andere Gemeindeverwaltungen Cloud-Lösungen haben. Da stellen sich andere Herausforderungen wie bei uns. Wir haben auch unsere Server im eigenen Haus. Mit einer Cloud-Lösung ist das Herstellen einer Verbindung in die Server die sich irgendwo befinden können, eine grosse Herausforderung, denn das muss lückenlos vonstattengehen. Ich kann nichts über die anderen Gemeinden sagen, es geht hier um unsere Gemeinde. Ich möchte euch darum bitten, nimmt den Antrag an oder lehnt den Antrag ab. Wir haben uns im Gemeinderat, schätzungsweise 500-mal mit diesen Fragen auseinandergesetzt. Das sind alle Fragen, die ich versucht habe, heute zu beantworten. Wir haben es schon durch unsere Verwaltung und

durch Fachleute abklären lassen. Sagt einfach, Ja oder Nein. Wenn ihr Nein sagt, dann ist es auch klar, dann wissen wir auf was wir uns einstellen müssen.

Lukas Füglister: Ich finde es schon wichtig, dass man die Einzelvoten noch schnell zulässt, weil die Diskussion, später in der Pause, klarer ist. Was ich nicht verstehe, im Jahr 2023 haben wir es angeschafft. Ich bemühe mich jetzt um eine Metapher. Der Wolf steht beim Schafsrudel, er kommt, rennt auf die Schafe zu, die Schafe rennen alle in die gleiche Richtung. Es steht hier in der Vorlage: „Nachdem nun keine akute Krisensituation mehr vorliegt, wird dem Einwohnerrat der Kredit für die Installationskosten im Gemeindehaus zum Entscheid vorgelegt". Eigentlich war klar, dass das Aggregat nur läuft, wenn die Installation auch gemacht wird. Es ist keine mobile Anlage. Ich verstehe nicht, warum von Seite des Gemeinderates das Aggregat und die Installation gleichzeitig gemacht wurde, es war in einer Krisensituation. Jetzt kann man sagen, es wird immer noch geschossen in der Ukraine. Es wird auch geschossen in Israel, also eine Krisensituation. Ich finde, die Krise ist immer noch da, nur man hat sich daran gewöhnt, aber es ist nach wie vor nicht ruhig, es rüsten alle auf.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Ich habe gesagt, wir haben zuerst eine Innenaufstellung beschlossen. Die Taskforce des Kantons Aargau ist aufgehoben, deshalb gehen wir davon aus, dass nicht mehr eine akute Bedrohung besteht. Wir haben uns zu einer Aussenaufstellung entschieden. Das ist ein neuer Kredit und neue Kosten und aus diesem Grund kommen wir in den Einwohnerrat. Damals haben wir im Beschluss über die Installation gefällt, aber in unserer Gemeinde ist das eine neue Ausgangslage.

Daniel Meier: Ein wichtiges Kriterium, welches wir immer wieder gehört haben, ist die IT-Infrastruktur. Du hast vorhin selber gesagt, andere Gemeinden operieren mit einer Cloud. Ist das bei uns auch angedacht? Ich habe es in der IT-Strategie nicht gesehen aber die Frage ist: Ist so eine Cloud angedacht? Denn wenn es so wäre, dann wäre es wie in Corona-Zeiten, dann hätte man Homeoffice gemacht. Dann würde die IT sich in der Cloud weiterdrehen, wenn wir in so einer Situation wären.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Ich bin für dieses Ressort nicht zuständig, das wäre Tanja Marullo. Eine Cloud-Lösung ist Stand heute nicht angedacht.

Carol Demarmels: Von den umliegenden Gemeinden, mit 200 Gemeinden bei uns im Kanton Aargau, werden einige von ihnen wahrscheinlich auch keine Cloud-Lösung haben. Offenbar hat man es nicht abgefragt. Ich habe aus meiner kurzen Recherche nur Zuzgen und Wohlen gefunden, welche das gemacht haben, was wir vorhaben. Wenn wir eine Rückweisung hätten, dann kommt für mich schon eine Frage auf. Dann würde ich mehr zu einer Rückweisung tendieren. Mit der Idee, wir schauen zuerst einmal, wie machen das die 200 anderen Gemeinden und nicht mit der Begründung, die jetzt vorgeschlagen ist, wir müssen sofort verkaufen. Hat man es wirklich nicht gemacht? Die andere Frage wäre, wenn wir jetzt dieser Rückweisung zustimmen, stimmen wir auch dieser vorgelesenen Forderung zu. Es gibt eigentlich nur einen Rückweisungsantrag. Dann würde mich wundern, David Wick, wie du das abgeklärt hast mit diesen Gemeinden, hast du sie abgefragt?

Jenni Mara, Präsidentin: Das könnt ihr auch draussen besprechen, es geht jetzt um die Rückweisung.

Peter Marten, Vizeammann: Ich habe 2-3 Sachen zu den Voten. Erstens, ich habe zur Rechnung 2022 explizit ausgewiesen, dass wir ein Notstromaggregat für das Gemeindehaus angeschafft haben. Das ist keine Überraschung, das ist festgehalten. Zweitens, wenn ein Rückweisungsantrag kommt, da bin ich auch lange genug im Einwohnerrat gewesen, ist es hilfreich für den Gemeinderat, wenn man versucht aufzuzeigen, was gewünscht ist. Wenn nicht, dann denken wir in eine andere Richtung und hören danach wieder, das ist nicht die Richtung, die wir uns eigentlich gewünscht haben. Es wäre vielleicht noch gut, wenn wir nach der Pause vielleicht seitens der Fraktion, sagen würden, in welche Stossrichtung es gehen würde und was sie noch hören möchten. Wenn andere in die gleiche Kerbe schlagen, dann ein bisschen

konkreter werden. Es hilft der Sache, damit man eine Lösung suchen kann, dass die Chance grösser ist, dass es ein Treffer ist.

Mara Jenni, Präsidentin: Wenn ihr über den Antrag abstimmt, dann ist das, was als folgender Antrag bei euch drin ist, dann ist das nicht der Antrag, der nachher erfüllt wird, das ist einfach die Anregung. Das heisst eben genau, wir können nach der Pause auch andere Anregungen hinzufügen. Gibt es jetzt noch etwas Wichtiges, das noch gesagt werden muss, vor der Pause? Gut, das ist nicht der Fall.

Daniel Gadient: Eine Korrektur zu den vorhin angebrachten Punkt 2 und 3. Das Notfallkonzept überarbeiten, sowie der Verkauf vom Notstromaggregat. Wollen wir sowohl die Anregung mitgeben, was wir dort erwarten. Zuerst soll das Notfallkonzept angepasst werden. Es soll möglichst darauf absehen, dass man über das Technische Zentrum operieren kann. Sobald klar ist, dass man das Notstromaggregat im Gemeindehaus nicht braucht, sollten wir es verkaufen, damit keine Folgekosten entstehen.

Carol Demarmels: Ich wiederhole mich, aber bei einer Rückweisung wäre ich sehr froh über einen Vergleich mit anderen Gemeinden, welche auch keine Cloud-Lösung haben.

Christian Blum: Wir würden uns dafür einsetzen, dass die mobile Lösung genauer angeschaut wird. Diese ist als Erstanwendung bei der Wasserversorgung im Einsatz, da kann es ja nicht so schlecht sein. Sie bietet sich an. Man kann vielleicht zum späteren Zeitpunkt, wenn man tatsächlich einen Stromausfall und Erfahrung mit dem Konzept hat, es noch einmal anschauen. Wir denken, das wäre die billigste Lösung.

Daniel Jenni: Eine Rückweisung finde ich sinnlos. Es geht um eine Versicherung, die wir abschliessen. Ja oder Nein, für einen Stromausfall, der lange- oder nicht so lange geht. Man kann sich jetzt entscheiden, Ja oder Nein, mit all dem was man hat. Ob man es mobil macht oder nicht, es kommt nicht darauf an. Es geht darum, so glauben wir, dass wir etwas brauchen. Es kommt überhaupt nicht darauf an, ob andere Gemeinden das haben oder nicht. Wenn du eine Rückweisung machst, haben wir das nächste Mal wieder genau dasselbe. Eigentlich haben wir genug Informationen und deshalb macht eine Rückweisung keinen Sinn, ausser wegen den Kosten. Wir bilden keine Meinung, wir verstecken uns hinter dem, was wir eigentlich wollen. Ich bitte euch, sagt Ja oder Nein, aber keine Rückweisung.

Carol Demarmels: Wenn man eine Versicherung abschliesst, dann ist man so clever, dass man die Versicherungen vergleicht, bevor man eine abschliesst. Man entscheidet sich nicht nur für eine Versicherung und sagt dann Ja oder Nein.

Christian Blum: Die mobile Lösung wäre billiger. Wir haben das Gerät bereits, aber wir brauchen einen Anhänger, ein Kabel und eine Steckdose. Also die Idee wäre eigentlich, dass es CHF 100'000 billiger ist, als die vorgeschlagene Lösung.

Lukas Füglister: Einen kleinen Beitrag zum Verständnis: Ich glaube, man versteht immer noch nicht, dass wenn bei der IT, der Strom weg ist, dass es bedeutet, dass die USV-Anlage noch die Autonomie zum Herunterfahren hat und dann ist fertig. Es geht nicht um dasselbe. In der Wasserversorgung hat man noch 5-10 Minuten Möglichkeit zum Hinfahren und die Pumpe anzulassen und nachher wieder Wasser zu fördern. Bei der IT sieht das Ganze nicht so einfach aus. Man muss relativ schnell, innerhalb einer Millisekunde, die Möglichkeit haben, wieder einzuspeisen. Dementsprechend ist eine mobile Anlage, wenn man es konzeptionell sauber anschaut, für eine IT nicht zweckmässig.

Christian Blum: Ich bin vom Fach und deswegen weiss ich, wie das aussieht mit den USV's und den mobilen Lösungen. Also die Server der Gemeinde werden ordentlich runtergefahren mit den USV. Wenn das mobile Gerät 2-3 Stunden später angeschlossen wird, wird es wieder ordnungsgemäss hochgefahren. Dann wird es kein Problem sein.

Daniela Graubner: Wir werden der Rückweisung zustimmen. Wir sind auch der Meinung, dass man es genau abklären muss, was man für einen Betrieb auf erhalten muss in einer Krisensituation, denn es ist nach wie vor nicht klar. Ebenfalls unterstützen wir den Betrieb im Technischen Zentrum, wenn man das vertieft anschauen würde.

Mia Jenni: Es ist nur zur Hälfte zum Rückweisungsantrag, aber ich möchte es gerne festhalten. Es gibt ganz viele, die wahrscheinlich nicht gegen das Notstromaggregat an und für sich sind. Wir haben es von der EVP-Fraktion gehört, wir möchten mehr Informationen haben. Man hört auch, dass man gerne einen Vergleich mit anderen Gemeinden hätte, die etwa gleich gross sind und ohne Cloud-Lösung funktionieren. Die Rückweisung ist also nicht direkt eine Ablehnung. Ich finde, es ist noch wichtig, dass man das sagt.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Rückweisungsantrag: Wer ist dafür das Geschäft zurückzuweisen?

Dem Rückweisungsantrag wird mit 19 Ja-Stimmen zu 13 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen zugestimmt.

6 2025/18 Motion SP-Fraktion betreffend Einführung einer Stellvertretungsregelung für den Einwohnerrat

Mara Jenni, Präsidentin: Es geht um die Stellvertretungsregelung für den Einwohnerrat. Der Gemeinderat ist bereit, die Motion entgegenzunehmen. Es geht um die Überweisung der Motion. Das Geschäft kann nicht bestritten werden. Möchten noch andere Personen Stellung dazu nehmen? Das scheint nicht der Fall zu sein, dann bitte ich den Postulanten, die SP-Fraktion, Stellung zu nehmen.

Carol Demarmels: Wir würden uns freuen, dass wir den Willen der Wählerinnen und Wähler auch umsetzen können, wenn wir theoretisch abwesend wären. Sei es durch Krankheiten oder Mutterschaftsurlaub. Für einmal gibt es uns die Gelegenheit, Vorreiterin im Kanton Aargau zu sein. Wenn ich es richtig sehe, wären wir dann die ersten, die es im Einwohnerrat einführen.

Daniel Meier: Wir haben es diskutiert. Ich glaube, wir sind dafür, das ist klar. Ich möchte es auch nicht in die Länge ziehen. Ich habe aber schon zwei, drei Punkte. Der eine Punkt ist: Der Kanton hat wöchentliche Sitzungen. Wir treffen uns drei bis vier Mal im Jahr, evtl. fünf Mal in diesem Jahr. Also das Verhältnis ist irgendwie… Ich verstehe, dass man das machen könnte, aber ist der Neid wirklich so gross? Ist das Bedürfnis so gross? Der zweite Punkt ist: Ich fühle mich benachteiligt, wobei das schon vom Kanton kommt. Ich bin weder schwanger noch entspreche ich den anderen Kriterien aber wenn ich drei bis vier Monate geschäftlich ins Ausland gehe, dann würde ich gerne eine Stellvertretung haben. Das ist aber beim Kanton offenbar kein Thema gewesen.

Carol Demarmels: In der Abstimmungsdebatte war das ein sehr grosses Thema gewesen. Man ist sich völlig schlüssig gewesen, dass wenn man vom Geschäft her abwesend ist, dann muss das vereinbar sein. Das weiss man in dem Moment, in dem man das Amt annimmt und dann muss man sich entscheiden. Das war damals die Meinung im Grossen Rat gewesen.

Anand Keshava: Ich finde es eigentlich eine super Idee aber gibt es überhaupt Anwendungsfälle bei uns?

Mia Jenni: Hanne Rigter, ist aktuell im Mutterschaftsurlaub.

Anand Keshava: Okay ein Fall. Ich finde es ist etwas kompliziert für die Umsetzung. Die Person muss vereidigt werden, sie muss einen Lohn bekommen, usw. Ich persönlich finde es grundsätzlich gut, aber wenn wir wenige Anwendungsfälle haben, dann bin ich dagegen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Soll die Motion der SP-Fraktion betreffend der Einführung einer Stellvertretungsregelung für den Einwohnerrat an den Gemeinderat überwiesen werden?

Der Antrag wurde mit 24 Ja-Stimmen zu 9 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen zugestimmt.

Der Gemeinderat wird beauftragt, eine Teilrevision der Gemeindeordnung sowie des Geschäftsreglements auszuarbeiten, welche eine Stellvertretungsregelung für Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte analog zur kantonalen Lösung vorsieht.

7 2025/19 Postulat SP-Fraktion betreffend Verschiebung der Zonengrenzen beim Tarifverbund A-Welle

Mara Jenni, Präsidentin: Die SP-Fraktion vertritt die Verschiebung der Zonengrenzen im Tarifverbund A-Welle. Es geht wieder um eine Überweisung, daher kann das Eintreten nicht bestritten werden. Der Gemeinderat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Möchte der Gemeinderat noch etwas dazu sagen?

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Die SP-Fraktion ist bei uns in offene Türen gerannt. Wir hatten bereits vorher einen Brief an der zuständigen Stelle platziert und sind bereit das Postulat entgegenzunehmen.

Carol Demarmels: Ich bringe noch Argumente. Ich war ein wenig überrumpelt, dass man überhaupt dagegen sein kann. Ich habe eigentlich gar keine Argumente vorbereitet. Es ist für uns schwierig einzuordnen, Bettina Lutz Güttler hat es kurz ausgeführt, dass wir da bereits schon dran sind. Was seid ihr am Planen um euch dafür einzusetzen? Dann können wir es mehr einordnen.

Für mich ist es ein grosses Argument, dass es eine höhe Präsenz hat. Wir hatten den Milchexpress in Kirchdorf, dieser stellte vor ein paar Wochen seinen Betrieb ein. Was bedeutet das für Senioreninnen und Senioren, wenn das nächste Geschäft im Markthof ist? Das Billett von Kirchdorf zum Markthof und wieder retour, kostet mit Halbtax CHF 7.20. Ich würde in der Umfrage gerne noch weiteres zum Milchexpress sagen.

Ich finde es ist wirklich relevant, dass man mit Vehemenz das angeht, dass Kirchdorf auch einbezogen wird in die Zonen von Obersiggenthal. Man hat gesehen, Markus Schneider hat es belegt und man hat es auch medial beobachten können. Wir hoffen sehr, dass unsere Gemeinde aufspringt und dass es auch von Erfolg gekrönt ist. Uns ist bewusst, dass ihr nur beschränkt Einfluss auf alles habt. Ich gehe davon aus, dass es im Sinn von allen ist.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Gemeinderat wird beauftragt:

1. **Beim Tarifbund A-Welle erneut einen Antrag zu stellen, die Zonengrenze zwischen den Haltestellen in Kirchdorf neu der Zone 570 angehören.**
2. **Im Rahmen dieses erneuten Antrags explizit auf die politischen Entwicklungen in der Stadt Baden zu verweisen und das Gespräch mit weiteren betroffenen Gemeinden zu suchen, um gemeinsam mit vereinter Stimme gegenüber dem Kanton und dem Tarifbund aufzutreten.**
3. **Zeitnah alle notwendigen Schritte zu unternehmen, um eine Verschiebung der Zonengrenze anzustreben – unabhängig von der langfristigen Planung und Umsetzung des zukünftigen Tarifsystems myRIDE.**

Der Antrag wurde mit 36 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

8 2025/20 Aufgaben- und Finanzplan

Eintreten nicht bestritten.

Mara Jenni, Präsidentin: Zur Diskussion von diesem Geschäft nimmt der Leiter Abteilung Finanzen, Bernhard Wehrli, Einsitz. Ich bitte den zuständigen Gemeinderat Stellung zu nehmen.

Peter Marten, Vizeammann: Es freut mich, dass ich ihnen den Aufgaben- und Finanzplan 2026-2030 vorstellen darf. Eigentlich hätte ich bei meiner Eingangsfolie nur eine Zahl aufschreiben müssen. Die Zahl 114 – die Zahl des Anstosses oder, was soll ich sagen, die Zahl der Provokation. Ich glaube, die Zahl hat am meisten zu diskutieren gegeben, weil man an dieser Zahl sehr viel aufhängen kann, was bei uns in der Gemeinde geht oder was nicht. Von was gehen wir aus? Es ist so, dass wir davon ausgehen, dass wir per Ende 2026, CHF 28,1 Mio. Schulden haben. Das heisst, pro Einwohner sind das rund CHF 3'000. Das hat damit zu tun, dass wir in den letzten Jahren auch einige Investitionen gemacht haben, die jetzt immer stärker durchschlagen. Deshalb werden auch die Schulden ansteigen.

Die Verschuldungsprognose per Ende 2026 ist ein bisschen tiefer als noch vor einem Jahr. Aber wie gesagt, wir haben auch weiterhin einige Investitionen am Laufen. Zum Beispiel der Kirchweg ist ein Thema, welcher erneuert wird. Wir haben auch andere Themen, welche wir noch anpacken. Wenn wir genauer in den Finanzplan reingehen, dann kommt eben die Zahl 114, die wir im Jahr 2027 eingetragen haben. Wenn es uns nicht gelingt und das ist das, was ich vor einem Jahr schon gesagt habe, das Ruder herumzureissen, zusätzliche Einnahmequellen zu generieren, die Ausgaben stärker in den Griff zu bekommen oder zu reduzieren, würde es in eine Steuerfusserhöhung münden.

Was man ebenfalls sieht, dass die Steuerfusserhöhung von rund 4 %, wenn es dann so ist, dass diese zwar etwas bringt, aber noch nicht die grosse Erlösung ist bei den Finanzen. Es hat ein bisschen den Charakter von "Einen Tropfen auf den heissen Stein". Das operative Ergebnis bereitet uns Sorgen. Wir kennen die Gründe und ich gehe nachher gerne darauf ein. Bei den Investitionen ist es so, dass wir in den Jahren 2026 und 2027 einige Investitionen eingetragen haben. Wir gehen davon aus, dass wir im Schulhaus OSOS, in die Raumsteuerungen und Beleuchtungen, viel investieren müssen. Das wird zwei Jahre lang höchstwahrscheinlich je CHF

900'000 sein. Das ist aus unserer Sicht dringend. Wir mussten schon wieder ein "Pflaster" drauf machen. Ich sage das jetzt einmal so, damit wir den Betrieb überhaupt aufrechterhalten können. Die Zeit des "Pflaster" setzen, ist langsam vorbei, wir müssen das jetzt in die Hand nehmen. Die Gebäudesanierungen habt ihr gesehen, diese sind im Jahr 2027 drin. CHF 2,5 Mio. für das Schulhaus Bachmatt, wir haben mal einen Betrag gesetzt. Ob das Schulhaus Bachmatt wirklich so saniert wird, ist noch zu definieren.

Warum ist es noch zu definieren? Diese Schulraumplanung die wir angestossen haben, ist noch zu diskutieren. Jetzt auf der Zielgeraden. Sie muss formell abgeschlossen werden und dort ist zwingenderweise auch das Schulhaus Bachmatt ein Thema. Wird man das Schulhaus weiterführen? In welcher Form wird man das weiterführen oder führt man es allenfalls anders fort? Die Aussicht ist nicht irrsinnig erfreulich. Ich weiss nicht, wie ich es sagen soll. Wir wissen, warum es so ist. Wir müssen garantiert bei den Investitionen noch stärker ansetzen, was wir wirklich machen möchten und wie viel wir machen wollen. Wenn wir investieren, müssen wir noch stärker hinterfragen, wie wir das machen. Welches Ausgabenniveau, welches Qualitätsniveau wollen wir einsetzen, wenn wir zum Beispiel weitere Schulräume bauen müssten, wenn es nötig wäre.

Die Darstellung der Netto-Investitionen der Selbstfinanzierung sieht nicht gut aus, das ist leider so. Wie sieht es aus bei den Spezialfinanzierungen? Es ist so, dass wir beim Wasser und Abwasser den Abtausch von diesen 30 Rappen gehabt haben. Also Abwasser 30 Rappen rauf, Wasser 30 Rappen runter. Es stehen grössere Investitionen an, im Abwasser zum Beispiel der GEP, die generelle Entwässerungsplanung II, man muss diverse Massnahmen umsetzen. Den Gesamtbetrag habe ich jetzt nicht auswendig im Kopf, aber das ist ein grosser Millionenbetrag, die die Abwasserkasse ausgeben muss über die nächsten Jahre.

Was ist offen? Was ist noch nicht so gut wiedergegeben im Aufgaben- und Finanzplan? Wir haben noch ein paar Unsicherheitsfaktoren, die noch nicht 1 zu 1 perfekt abgebildet worden sind.

Thema 1 ist die Jugendarbeit. Das wurde bereits gesagt, es ist kein Geheimnis, dass wir dran sind, unsere Jugendarbeit der Stadt Baden anzuschliessen. Dann würde die Jugendarbeit von der Stadt Baden erbracht werden. Das hat andere Auswirkungen, was die Kosten betrifft, dass wir das Personal nicht mehr selber anstellen, sondern dass wir die Stadt Baden dafür bezahlen etc., es gibt diverse Verschiebungen. Das Budget ist aber jetzt, wir haben es so gerechnet, als wenn Obersiggenthal den Alleingang machen würde. Das heisst nicht, dass wir das so machen wollen. Es heisst nur, als wir das Budget erstellt haben, das es Stand der Dinge war.

Was ebenfalls nicht im Budget oder im Aufgaben- und Finanzplan enthalten ist, wäre der Lotsendienst, wenn dieser kommen sollte.

Was auch nicht reflektiert ist, ihr habt das letzte Jahr mit dem Budget 2025 einen Budgetkredit von CHF 119'000 gutgesprochen. Es ist für den Ersatz des Spielplatzes für die Schulanlage Unterboden. Diesen Kredit können wir dieses Jahr nicht durchführen. Es hat sich gezeigt, dass die Kosten und die Planung, welche dort gemacht wurde, nicht vollständig waren. Das hat, sehr einfach gesagt, das Spielgerät umfasst, nicht aber der Boden und die Anpassungen. Man musste sagen, wir können es so nicht umsetzen. Wir wollen nicht etwas angehen und dann später sagen, das Geld reicht nicht. Wir haben beschlossen, einen Übungsabbruch zu machen, da es so nicht umsetzbar ist. Wir haben verschiedene Sparmassnahmen geprüft. Wir werden mit grosser Wahrscheinlichkeit in der Dezember-Sitzung mit einem neuen Kreditantrag kommen, der aus unserer Sicht alle Komponenten enthält, bei dem man ja oder nein sagen kann.

Was machen wir mit dieser Ausgangslage? Die Ausgangslage ist nicht befriedigend, das ist klar. Der Gemeinderat ist, auch wenn das immer wieder einmal durchschimmert in gewissen Voten von gewissen Fraktionen und Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, nicht total naiv. Er

setzt sich mit der Realität auseinandersetzen. Eine Realität ist, dass eine Steuerfusserhöhung beim Volk äusserst schwer durchsetzbar ist. Das überrascht mich ehrlich ein bisschen. Ich müsste nur eine Folie auflegen und zwar die Pflegefinanzierung. Dann würde ich einfach zurückfragen, über was wir diskutieren, bei einer Steuerfusserhöhung. Sehr viel von unserem Kostenanstieg wäre eigentlich so erklärt.

Uns ist klar, dass nach so guten Abschlüssen, wie wir es in den letzten 3-4 Jahren hatten, eine Steuerfusserhöhung nur schwer erklärbar ist. Dessen sind wir uns auch bewusst. Wir müssen mehr Massnahmen ergreifen und stärken, als wir das bis jetzt gemacht haben. Wir sind nicht so weit gekommen, wie wir mit der Überprüfung der Ausgaben- und Einnahmeseite wollten. Es hat sich gezeigt, dass es viel aufwendiger ist. Es braucht mehr Zeit als man denkt. Ich erinnere mich an gewisse Konzessionsverhandlungen mit einem lokalen Strommunternehmen. Da kann man nicht kommen und sagen, das ist jetzt unsere Vorstellung, das ist unser Vertragsentwurf. Wir können nicht erwarten, dass zwei Wochen später die Gegenpartei sagt, das finden wir super, dass ihr endlich gekommen sind, "Möchtet ihr gleich unterschreiben?". Es sind in der Regel mehrjährige Behandlungsrunden. Es wird diskutiert, man findet Lösungen und unterschreibt. Der Hauptpunkt ist, dass es Zeit braucht.

Der Gemeinderat hat beschlossen eine Taskforce Finanzen einzuführen. Was man nicht wollte, was man bereits zweimal gemacht hatte, eine einwohnerrätliche Arbeitsgruppe Finanzen, da würde man dann die verschiedenen Posten durchgehen. Man hat gesehen, dass die Ausbeute dann, ich sage jetzt einmal, vor allem in der zweiten Runde, dann nicht mehr ganz so ergiebig gewesen ist. Wir denken, es braucht eine stärkere Einbindung der Verwaltung. Es braucht eine stärkere Einbindung des Gemeinderates. Der Gemeinderat und die Geschäftsleitung werden sicher dabei sein. Die Finanzkommission haben wir angefragt, ob sie gerne mitmachen wollen. Die Finanzkommission hat signalisiert, dass sie mitmachen. Uns ist klar, dass wir externe Leute brauchen, die von aussen eine Sicht hineinbringen. Nicht eine Sicht von Leuten, welche das schon dreimal angeschaut haben. Einen anderen Blick darauf werfen, eine andere Idee haben und auf einen anderen Schwerpunkt setzen. Vielleicht auch in einen Status Quo kommen, in gewissen Themen einmal wieder eine Challenge haben. Muss das denn wirklich sein? Ich glaube nicht, dass wir, wenn wir mit dieser Taskforce Finanzen starten, klare Ziele geben. Wir werden klare Aufträge geben. Wir werden einen Zeitraum geben. Ich kann mir nicht vorstellen, dass wir alles abgeschlossen haben, aber das Ziel muss sein, dass man konkrete Massnahmen findet aus dieser Taskforce heraus.

Man hat auch konkrete Handlungsfelder, welche wir weiterbearbeiten und definiert haben und auf denen man aufbauen kann. Damit man weiss, da werden wir noch Sachen anschauen und man sich auch einen Zeitrahmen, ähnlich einem Projekt, gibt. Wir wollen den Hebel umkippen, wir müssen diesen umkippen. Es braucht den Gemeinderat und es braucht den Einwohnerrat. Es braucht alle, damit wir einen Schritt vorwärtskommen. Die 114 ist für uns chronologisch gesehen, die letzte Massnahme, die wir ergreifen wollen. Wir möchten vorher so viel wie möglich oder alles probieren, dass wir es nicht machen müssen. Ich glaube, wenn man es machen muss, müsste man den Leuten aufzeigen können, was man alles probiert und was gefruchtet hat oder nicht. Denn sonst wird es sehr, sehr schwierig, das zu erklären.

Anand Keshava: Wir danken der Verwaltung für die Erstellung des Aufgaben- und Finanzplans. Ihr habt es im Bericht gesehen, wir waren der Meinung, wir hätten mit 110 % weiterschreiben müssen. Wir glauben nicht, dass es realistisch ist, den Steuerfuss zu erhöhen. Ich finde es interessant, dass man sagt, dass es die letzte Massnahme ist, die man umsetzen möchte aber im Plan die Erste ist, die man umsetzt. Wir haben den Finanzplan angeschaut, er ist aber relativ rudimentär. Die Einnahmen werden eigentlich mehr oder weniger wie eine Formel eingeschätzt. Bei den Ausgaben fehlt es vor allem an der Immobilienplanung und an konkreten Projekten. Ist es als Integration zu sehen? Sehr richtig. Darum können wir das Postulat der FDP-Fraktion wirklich unterstützen, denn die Nachvollziehbarkeit als Finanzkommission ist nicht wirklich vorhanden.

Daniela Graubner: Der vorliegende Aufgaben- und Finanzplan zeigt deutlich, dass unsere Gemeinde in den kommenden Jahren vor grossen Herausforderungen steht. Die geplanten Investitionen sind teils unumgänglich aber sie führen gleichzeitig zu einer besorgniserregenden Entwicklung der Verschuldung. Unsere Gesamtsituation ist seit Jahren angespannt. Es gibt viele anstehende Investitionen und die Verschuldung nimmt sprunghaft zu. Der Steuerertrag ist zwar stabil aber auch mit einer geplanten Erhöhung im Finanzplan um 4% des Steuerfusses bringt das keine deutliche Verbesserung der Situation. Uns fehlt der Horizont, wie wir die Schulden wieder abbauen können. Die EVP-Fraktion nimmt den Aufgaben- und Finanzplan 2026 bis 2030 zur Kenntnis. Das Ergebnis im Jahr 2025 fällt in der Prognose gleich aus wie im Budget mit einem Verlust von CHF 1,26 Mio. Wir schaffen es leider nicht, die Ausgaben zu reduzieren, beziehungsweise Steuern zu generieren, um eine schwarze Null zu erreichen.

Für die EVP-Fraktion ist eine ausgeglichene Rechnung ein Muss. Betrachtet man jedoch die Planerfolgsrechnung für die kommenden Jahre, wollen wir jährlich mit einem Defizit zwischen CHF 1 bis 1,5 Mio. abschliessen. Die Verschuldung wird in den nächsten Jahren deutlich ansteigen. Von CHF 20 Mio. auf CHF 37 Mio. in 5 Jahren. Eine Gemeinde, die über Jahre hinweg mehr investiert, als sie selbst an Einnahmen generiert, begibt sich in eine gefährliche Abhängigkeit von Fremdkapital und von künftigen Steuererträgen. Die Netto-Schuld pro Einwohner soll CHF 2'500 nicht übersteigen um gesunde Finanzen auszuweiten. Obersiggenthal ist dieser Grenze nahe. Nächstes Jahr beträgt die Nettoverschuldung pro Einwohner, CHF 3'000 pro Einwohner, bis 2030 sogar CHF 4'000. Das ist inakzeptabel und nicht mehr gesund. Noch einmal müssen wir für künftige Investition auf die Priorisierung und auf die Etappierung pochen.

Wir verstehen das gewisse Projekte dringlich erscheinen, dennoch müssen wir uns die Frage stellen, ob alle Investitionen zwingend notwendig sind. Bei näherer Betrachtung sind uns vor allem die hohen Investitionen für die nächsten Jahre bei den Schulhäusern aufgefallen. Renovierung Bachmatt CHF 4 Mio.; Ersatzraumsteuerung und Beleuchtung beim OSOS, wie es Peter Marten vorher gesagt hat, CHF 1,8 Mio. Wobei wir im Jahr 2025 schon Ausgaben von CHF 880'000 und im Jahr 2024 von CHF 925'000 hatten. Das Schulhaus Unterboden, Verteiler und Beleuchtung CHF 800'000; beim Schulhaus Unterboden, Raumprogramm CHF 700'000 usw. Es erscheint uns viel Geld für diese Renovationen. In Anbetracht unserer finanziellen Lage fragt sich die EVP-Fraktion, ob wir es in dem Ausmass realisieren können und ob es notwendig ist. Eine Steuerfusserhöhung begrüssen wir überhaupt nicht, weil sie die Herausforderungen und das Problem der steigenden Kosten nicht löst. Zudem können viele Einwohner eine höhere Steuerlast nicht einfach verkraften. Leider müssen wir aber auch ehrlich sein und frühzeitig über eine moderate Anpassung des Steuerfusses diskutieren, wenn alles ausgeschöpft ist, als zu spät unter Druck reagieren zu müssen. Eine Steuerfusserhöhung ist für uns das allerletzte Mittel.

David Wick: Die Hälfte von uns sitzt in der FIKO, aus diesem Grund ist es häufig deckungsgleich was wir denken und sagen. Wir stehen auch bei diesen 110 % und den 114 % an. Wir würden es transparent finden, wenn es 110 % wären und damit gerechnet wird. Dann sieht man effektiv, wie sich die Schuldensituation entwickeln wird. Wir möchten etwas anderes sagen, wir möchten dem Gemeinderat für die Arbeit, die er geleistet hat, bedanken. Es ist tatsächlich keine einfache Aufgabe. Ich möchte dem Gemeinderat ein Kränzchen binden, denn sie sind wirklich dran und versuchen es. Im Umkehrschluss sind es grosse, strategische Themen, die man angehen muss, die dann wirklich etwas bringen, was unsere Situation bewegen könnte.

Ein Thema welches noch aufkommt, ist die Pflegefinanzierung. Die Alterswohnungen, welche als Einstieg in die schöne Gemeinde Obersiggenthal dienen und diese dann im Pflegeheim landen. Diese haben dann den Wohnsitz hier, diese Kosten steigen nach oben. Das sind die grossen Posten. Ebenfalls die Attraktivität der Gemeinde, dass man diese steigert. Pumptrack, OpenSunday, all das sind Sachen, welche die Attraktivität steigern. Bei diesen Sachen müsste man ansetzen. Wenn man grosse Bauprojekte macht, wie beim Häfelerhau oder Bolibuck, dass man da schaut, dass man nicht nur neue Steuerzahler nach Obersiggenthal bringt, sondern dass man versucht, wenn man das baut ein bisschen abzuschöpfen. Es braucht immer

wieder mehr Infrastruktur. Jetzt kommt der ganze Rattenschwanz mit sich, dass man die grossen Themen auch angeht. Das wäre unser Plädoyer zum Aufgaben- und Finanzplan.

Ralph Hunziker: Der AFP mit seiner 5-jährigen Gliederung scheint der SP-Fraktion ein sinnvolles, zeitgerechtes Instrument zur Planung vom Finanzplan und den Investitionen. Dennoch gilt folgendes zu betonen: Der eng gewählte 5-Jahres-Zeithorizont hat noch viele Unwägbarkeiten, Annahmen und Verschiebungen. Der AFP gibt keine absolute Sicherheit wieder. Er ist ein Planungsinstrument mit gewissen Fehlerquellen, so sollte man es vielleicht nennen.

Wir schätzen aber grundsätzlich den ausgiebigen Detaillierungsgrad und erkennen, dass in den kommenden Jahren:
A: wichtige Investitionen in die Gebäudesubstanz nötig sind,
B: mehrere Projekte anstehen – Hochwasserschutzmassnahmen, Strassen etc. und dass mit einer Steuerfusserhöhung von 4 % gerechnet wird.
Die SP-Fraktion setzt sich seit Jahren für einen guten Erhalt der Gebäudesubstanz ein. Diese Investitionen sind dringend nötig. Hier die jüngsten Beispiele: Die defekte Soundanlage in der Sporthalle, ebenfalls auch diese im Gemeindesaal, die defekte Tribüne in der Sporthalle aber auch die defekte Steuerung, die jetzt im OSOS kommt. Die vielen Defekte gehen einher mit einer eingeschränkten Nutzung, mit einer ungenügenden Nutzung und das nicht zu kurz. Ich möchte erinnern, dass der Ersatz mit der Sportanlagegeschichte, Soundanlage, Tribüne – dem politischen Prozess sei Dank, eineinhalb Jahre dauert. Wenn wir in den Investitionsplanungen ein bisschen effizienter waren, sind wir dann bei der Umsetzung früher dran.

Also kurzum: Investitionen sind essenziell für die Gemeinde und diese zu priorisieren ist die Aufgabe des Gemeinderates. Er macht es mit dem Investitionsplan. Die angedeutete Steuerfusserhöhung auf 114 %, sehen wir als SP-Fraktion kritisch. So finanzwirtschaftlich es auch nötig erscheinen mag, so politisch wird es schwierig sein, sie durchzusetzen. Vor allem geht diese Erhöhung des Steuerfusses aus unserer Sicht nicht auf das Investitionsvolumen zurück, sondern auf etwas anderes, nämlich die beiden kantonalen Steuergesetzrevisionen der vergangenen Jahre. Diese zeigen Auswirkungen auf Obersiggenthal. Einmal mehr sind die Gemeinden die Leidtragenden bei den kantonalen Veränderungen. Das sollte man auch miteinbeziehen.

Daniel Gadient: Die SVP-Fraktion hat den Antrag zur Kenntnis genommen und bedankt sich bei allen Beteiligten für die akkurate Zusammenstellung. Die Entwicklung und das Investitionsvolumen für die kommenden zwei Jahre sind der Grund, warum sich die SVP-Fraktion, auch wenn die Jahresrechnung positiver abgeschlossen wurde als budgetiert, dafür eingesetzt hatte, die Kosten zu überdenken und die Investitionen kritisch zu hinterfragen. Nach wie vor sind wir der Überzeugung, dass wir dem Souverän schuldig sind, mit den Finanzen sorgsam umzugehen. Wir stellen aber fest, dass diverse Investitionen nach vorne verschoben wurden oder neu im AFP sind. Beispielsweise das Schulhaus Bachmatt, diese Renovation ist nicht mehr im Jahr 2030 angezeigt, sondern schon im Jahr 2027 mit CHF 3,9 Mio. Im Vergleich zum AFP 2024 gegenüber dem vorliegenden, sind die Investitionen vom Jahr 2026 bis 2030 um 5 % angestiegen. In Franken sind es fast CHF 2,4 Mio.

Im AFP 2024 war für das Jahr 2026 eine Nettoinvestition mit einem Volumen von CHF 2,31 Mio. geplant. Im heutigen AFP sind wir bereits bei CHF 2,795 Millionen. Für das Jahr 2027 im AFP 2024 sind CHF 5,13 Mio. geplant gewesen, jetzt sind wir bei CHF 9,54 Mio. Wir sind enttäuscht, dass neben dem Hallen- und Gartenbad, das bereits massiv aus dem Ruder gelaufen ist und immer noch nicht abgeschlossen ist, weitere Verschiebungen bzw. neue Investitionen im 6- und 7-stelligen Betrag zusammengekommen sind. Diese wirken sich erneut auf die Verschuldung von Obersiggenthal aus. Somit geben wir die Kosten an die nächsten Generationen weiter und auch diese müssen wieder mit diesen Herausforderungen leben. Es ist keine Schuldenbremse in Sicht und wir werden daher immer mehr auf die SVP-Fahne schreiben, die Gemeinde sollte nicht Geld sparen, aber die Kosten an Investitionen in den Griff kriegen und diese massvoll einsetzen.

Christian Blum: Der Aufgaben- und Finanzplan malt ein schwarzes Bild an die Wand. Für das Jahr 2027 wird eine Erhöhung des Steuerfusses von bereits 110 % auf 114 % angenommen. Die Einwohnerzahl soll von 9'050 auf 9'400 wachsen, der Steuerertrag von CHF 27 Mio. auf CHF 30 Mio. steigen. Trotzdem erörtert der Gemeinderat, dass die Verschuldung pro Einwohner bis 2030 von CHF 2'283 auf CHF 4'009 steigt, insgesamt auf CHF 37 Mio. und noch ein paar Tausend mehr. Wie verlässlich sind die Zahlen? Wenn man den Investitionsplan anschaut, dann fällt auf, dass die jährliche Investition bis 2027 auf CHF 11 Mio. ansteigen, um dann bis 2030 auf CHF 2,175 Mio. zu fallen. 2026 und 2027 sollen vor allem in Gebäudesanierung und in den Hochwasserschutz investiert werden. Von 2028 bis 2030 wird auf niedrigerem Niveau weiter in die Gebäudesanierung investiert, dazu kommen diverse Strassensanierungen.

Die Annahme, dass die Investitionen nach 2027 derart zurückgehen können und erst wieder in den 30er Jahren ansteigen, ist sicherlich optimistisch. Es ist noch nicht klar, wo die Prioritäten nach dem Jahr 2027 liegen. Es wird mit unvorhergesehenen Ausgaben zu rechnen sein. Auch sind die Zahlen in dem Investitionsplan nicht belastbar, wie sich im Beispiel der Sanierung Kirchweg West gezeigt hat. Die Investitionsplanung war über Jahre hinweg mit CHF 2 Mio. veranschlagt, dann aber im Juni 2024 völlig unerwartet in einem Verpflichtungskredit von CHF 6,125 Mio. Die FDP-Fraktion sieht aufgrund der problematischen Investitionsplanung das Risiko, dass sich die finanzielle Lage der Gemeinde bis ins Jahr 2030 weit über die skizzierte Vorhersage verschlechtert. Das ist ein Risiko. Da die Planungsunsicherheit grösser wird je weiter man in die Zukunft schaut, kann es in die andere Richtung gehen. Eigentlich besteht ein Risiko, dass es viel schlimmer um die Finanzen steht, als wir jetzt sehen. Die FDP-Fraktion schlägt vor, dass der Investitionsplan ab dem nächsten Jahr mit mehr Daten unterlegt wird. Es muss transparent werden, auf welchen Annahmen die aufgezeigten Kosten und die Realisierungsräume beruhen. Die Investitionen müssen priorisiert und die Planungssicherheit insgesamt verbessert werden. Das ist der Gegenstand vom Postulat, welches wir eingereicht haben. Die schwierige finanzielle Lage der Gemeinde wird durch die jährlich wiederkehrenden positiven Rechnungsabschlüsse verschleiert. Die finanzielle Gesundheit der Gemeinde zeigt sich aber weniger im Rechnungsabschluss als in der Verschuldung pro Einwohner und dem Selbstfinanzierungsgrad.

Ich denke, wir sind uns alle einig, dass eine Erhöhung des Steuerfusses in Obersiggenthal vermieden werden muss. Noch besser formuliert, es sollte erst gar nicht so weit kommen, dass die Einwohner mit dieser Frage konfrontiert werden. Die Wahrscheinlichkeit ist gross, dass eine Erhöhung abgelehnt wird und was machen wir dann? Die Taskforce Finanzen, welche der Gemeinderat einsetzen möchte, ist wichtig angesichts eines jährlichen betrieblichen Aufwands, der gegen CHF 40 Mio. geht. Diese Taskforce-Massnahmen müssen zur Erhöhung der Einnahmen oder der Reduktion der Ausgaben führen. Ich werde über das hinausgehen, was die FIKO und der Einwohnerrat im jährlichen Budgetprozess identifizieren können. Wenn man die Anträge der FIKO sieht, diese sind eigentlich ein Zeichen dafür, dass der Gemeinderat vorab mit einem Tragwesen das Budget durchgegangen ist. Es gibt nicht viele offene Posten, die man streichen kann. Es wird darauf hinauslaufen, dass es wehtun wird. Ja, man muss richtig sparen und da sparen, kann weh tun.

Daniel Jenni: Die Mitte-Fraktion hat den Aufgaben- und Finanzplan studiert und diskutiert und zur Kenntnis genommen. Wir sind zum Schluss gekommen, dass wir bis Ende des Jahres 2025 schon CHF 350'000 sparen, indem wir die doppelt aufgeführten Kommunalfahrzeuge herausnehmen. Auf der Seite 1 bis 3 vom Investition- und Finanzplan sind diese doppelt aufgeführt im Jahr 2025. Es sind zweimal die Kommunalfahrzeuge mit CHF 120'000 aufgeführt, Fahrzeugersatz Baudienst. Dann noch einmal beim Baudienst, anstelle von CHF 230'000 und Ersatz kommunaler Fahrzeug Baudienst und der Ersatz kommunaler Fahrzeuge CHF 230'000, aufgeführt.

Es zeigt sich für uns eine nachhaltige, schlechte Entwicklung der Finanzlage mit dem Anstieg der Netto-Schuld pro Einwohner auf CHF 4'136 bis ins Jahr 2028 und das trotz der Steuerfusserhöhung, also der geplanten oder vorgesehenen Steuererhöhung von 114 %. Uns hätte interessiert, was wäre denn ohne. Wie hoch wären wir ohne diese Steuererhöhung. Es ist "ein Tropfen auf dem heissen Stein". Braucht es den Tropfen wirklich oder verdampft er? Können wir auch

ohne den Tropfen leben? Haben wir nicht so eine hohe Verschuldung? Eine Steuererhöhung auf 114 % würde bedeuten, dass Obersiggenthal den höchsten Steuerfuss im Bezirk hat. Was wir absolut nicht befürworten, das ist klar. Es ist an die Bevölkerung schwierig zu vermitteln. Da können wir noch lange diskutieren, das braucht eine sehr gute Begründung, dass es durchkommt. Man sollte alles unternehmen, damit wir es eben nicht beantragen müssen. Für die Fraktion-Die Mitte ist klar, dass mit diesen Prognosen, die Ausgabenseite mit deutlich kritischer Begründung unterzogen werden sollen in Bezug auf den Zeitverlauf und auf die Höhe. Wir befürworten damit die geplante Taskforce für die Gemeindefinanzen. Das ist sicher keine schlechte Idee, dass man auch Leute von aussen drauf schauen lässt und nicht immer nur die Leute von innen, denn es gibt einen ganz anderen Blickwinkel. Wir nehmen es zur Kenntnis, wir sind nicht sehr glücklich darüber. Wir hoffen, dass sich etwas ändert.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Der Aufgaben- und Finanzplan 2026-2030 wurde zur Kenntnis genommen.

Die Mehrheit der Anwesenden möchten mit der Sitzung fortfahren und diese heute abschliessen.

Mara Jenni, Präsidentin: Dominique Issa musste nach Hause. Wir sind momentan 35 vereidigte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Das absolute Mehr liegt bei 18.

9 2025/21 Budget 2026

Eintreten nicht bestritten

Peter Marten, Vizeammann: Ich möchte auf die grundlegenden Sachen eingehen und auf ein paar Punkte im Budget hinweisen. Ich glaube, die positiven Rechnungsabschlüsse der letzten Jahre sind allen bekannt. Wir haben die Rechnung 2024 mit einem Ertragsüberschuss von CHF 1,5 Mio. abgeschlossen. Die Nettoverschuldung liegt bei CHF 17,6 Mio. per Ende 2024. Im Jahr 2025 sieht das Bild ein wenig anders aus. Wir gehen von einem Aufwandüberschuss von CHF 938'000 aus. Ich will noch keine Prognose wagen, wie es kommt. In der Tendenz werden wir sehen, nein ich sage lieber nichts. Ich hoffe, dass es nicht ganz so schlimm wird, aber ich befürchte, dass wir nicht so einen guten Abschluss haben werden wie im Jahr 2024.

Wir haben Stand heute bei den Steuereinnahmen einen leichten Rückstand. Man kann sagen, dass die starken Monate Oktober, November und Dezember noch kommen, wie wir in den letzten Jahren auch positiv überrascht wurden. Das andere ist, dass die prognostizierten Pflegefinanzierungkosten nicht ausreichen werden.

Wenn wir ins Budget einsteigen, was zeigen wir auf? Wir zeigen ein operatives Ergebnis mit einem Minus von CHF 1,2 Mio. Das ist eine echte Hausnummer, die wir zeigen. Die Investitionsrechnung zeigt ein Minus CHF 5,6 Mio. Die Selbstfinanzierung ist recht tief. Das ist aber, wenn man den Aufgaben- und Finanzplan des letzten Jahres schon angeschaut hat, nicht eine Überraschung.

Wir haben bereits gezeigt, dass wir mit einem operativen Minus von CHF 1,1 Mio. rechnen, ist es leicht höher. Es hat sich leider bewahrheitet, dass wir in diese Richtung gehen. Wo gehen die Ausgaben hin? Ich habe unsere Zahlen mit einer Nachbargemeinde verglichen. Wie sieht

das aus? Für die Bildung geben wir 35 % aus, in einer Nachbargemeinde sind es 41 %. Im Gesundheitsbereich sind es 13 % und bei der Nachbargemeinde 11 %. Bei der sozialen Sicherheit haben wir 19,65 %, das ist bei der anderen Gemeinde 18 %. Bei der allgemeinen Verwaltung sind es in Obersiggenthal 13 % und bei der Nachbargemeinde 15 %. Da gibt es nicht die riesigen Verschiebungen, aber es gibt doch gewisse Akzentuierungen. Zum Beispiel in der Bildung oder in der Gesundheit, da können wir doch Unterschiede sehen.

Bei der Steuerprognosen ist es so, dass wir uns bei den Steuereinnahmen an die Prognosen des Kantons halten. Der Kanton hat Steuerprognosen natürliche Personen plus 2,5 %, juristische Personen minus 8 % vorgegeben. Zusammen mit dem Leiter Finanzen, Bernhard Wehrli, hat der Gemeinderat dies Vorgaben des Kantons verifiziert. Die natürlichen Personen wurden wie vom Kanton vorgeschlagen mit plus 2,5 % budgetiert. Bei den juristischen Personen geht der Gemeinderat von einem stabileren Wert aus und nahm nicht die -8 %. Der Kanton zieht zur Berechnung verschiedene Faktoren mit ein. Die Prognosen des Kantons für die Folgejahre sehen im Jahr 2027 für natürliche Personen ein Nullwachstum vor. Im Jahr 2028 nach der Annahme der Eigenmietwertthematik ein Minus von 1 % und im Jahr 2029 ein Plus von 2 %. Die Prognosen bei den juristischen Personen sehen im gleichen Zeitraum relativ stabil aus bei 2,3 % und 3%.

Im Jahr 2026 haben wir das Thema der 13. Altersrente, die zum ersten Mal kommt. Ein leichter Rückgang der Teuerung und eben die Steuergesetzrevisionen. Dort seht ihr eine Mindereinnahme im Jahr 2027 und ebenfalls im Jahr 2028. Im aktuellen Jahr, sind wir Stand heute, leicht hinter der Prognose. Diese wird ab April/Mai monatlich angeschaut, wie der Stand ist und wo wir sein müssten. Dies wird nach bestem Wissen und Gewissen gemacht. In den letzten Jahren sind wir mit der Prognose falsch gelegen, weil es vor allem in den letzten Monaten immer noch hohe Erträge gab. Ich hoffe, dass wir auch dieses Jahr eine oder zwei positive Überraschungen erleben können.

Was sind denn die grossen Spielverderber in dieser Geschichte? Der Haupttreiber Nummer 1 sind die Pflegefinanzierungskosten, diese sind über CHF 700'000 höher als im Budget 2025. Wir haben Restkosten der Sonderschule von mehr als CHF 200'000. Wir haben CHF 100'000 höhere Gemeindebeiträge bei der Volksschule. Dann die Abschreibungen, das ist eine Folge von Investitionen, diese gehen rauf. Wir haben den Unterhalt der Hochbauten recht stark erhöht, es sind rund CHF 400'000 mehr. Ich komme nachher darauf zurück. All diese Positionen geben zusammen Mehrkosten von etwa CHF 1,6 Mio. Ich glaube, das sind die Haupttreiber. Es gibt noch positive Faktoren, also mit der Eröffnung des Hallen- und Gartenbads, das nach der Sanierung wieder einen Normalbetrieb hat. Wir gehen davon aus, dass es stärker besucht wird und dadurch das Defizit kleiner wird.

Schauen wir uns den baulichen Unterhalt an. Ich habe die Zahlen der letzten Jahre herausgesucht. In den Jahren 2017 und 2018, als man mit knapp CHF 400'000 unterwegs gewesen ist oder leicht darüber. Momentan sind wir bei über CHF 1,2 Mio. Bei dieser Summe, was ich schon den Fraktionspräsidien gesagt habe, glaube ich, dass es auch das Maximum von dem ist, was man operativ umsetzen kann. Es ist immer schön, wenn man richtige Beträge einsetzt aber man muss es dann auch noch auf den Boden bringen. Die Sanierung angehen und aber auch genügend Ressourcen haben um es begleiten zu können. Ich glaube da haben wir jetzt schon etwas gesehen. Wir haben ein Liegenschaftskonzept, das habe ich auch schon gesagt, aber wir sind noch nicht so weit oder das hat den Stand noch nicht, den wir gerne hätten. Wir haben bei den Liegenschaften festgestellt, dass wir die eine oder andere Baustelle haben und lösen müssen. Diese werden wir auch anpacken. Ich habe ehrlich gesagt keine Lust, dass wir dauernd die Baustellen hinausschieben, denn das ist nicht gespart, sondern nur verschoben. Ich sage es wieder, verschieben ist nicht Sparen. Das ist ein grundlegender Irrtum.

Die Pflegefinanzierung ist auch eine Tatsache. Im Jahr 2022 waren es knapp CHF 1,5 Mio., das war zugegebenermassen ein spezielleres Jahr. Jetzt sind wir bei CHF 3 Mio. für das Jahr 2026. Wir werden in diesem Jahr und das ist eine neue Nachricht an sie, bereits fast auf CHF 3 Mio.

kommen bei der Pflegefinanzierung, wenn wir die aktuellen Zahlen hochrechnen. Das ich unter dieser Voraussetzung nicht irrsinnig optimistisch bin für den Abschluss 2025 ist auch klar. Die Pflegefinanzierung läuft uns davon.

Was sind mögliche Gründe? Ich kann euch nicht sagen das ist der Grund oder das ist der Grund. Ich denke es ist ein Strauss von Gründen oder Ursachen. Alles, was ich sage und das will ich betonen es ist kein Bashing gegen irgendeine Alters- oder Nutzungsgruppe. Ich muss nur hinweisen, warum wir einen Umstand haben und was trägt dazu bei? Wir haben einen höheren Anteil von älteren Personen. Wir haben versucht zu analysieren, was wir für Zuzüge in den letzten Jahren hatten, Zuzüge in verschiedenen Alterskategorien. Ehrlich gesagt, kann man nicht superklare Muster herauslesen. Ich kann nicht sagen, dass es Personen sind ab 70 Jahren, welche überdurchschnittlich oft nach Obersiggenthal ziehen, das ist es nicht. Es gibt eine Kategorie 60 bis 70, da nimmt es eher ab und dann gibt es die Kategorie 80 bis 90, da nimmt es eher zu. Um da die richtigen Muster herauszulesen, müssten wir noch mehr Energie reinstecken. Wir haben aber tendenziell mehr Fälle und wir sehen, dass diese Fälle immer häufiger in höhere Pflegestufen kommen. Fakt ist, dass wir Tariferhöhungen haben. Wenn wir es richtig ausgerechnet haben, sind die Tarife vom Jahr 2021 bis ins Jahr 2026, um etwa 30 % gestiegen.

Wir haben das Thema angeschaut aber noch nicht die statistische Gewissheit erbracht. Wir merken, dass wir für gewisse Altersstrukturen einen sehr attraktiven Wohnort haben. Er ist sehr interessant, weil es nicht so teuer ist wie in der Stadt, aber trotzdem nahe bei der Stadt ist. Dies ist für ältere Leute ein guter Kompromiss, da es zentrumsnah ist. In Baden ist man schnell und je nachdem wo man wohnt, kann man es sogar in einer Tarifzone erreichen. Das ist etwas, das eine gewisse Sogwirkung hat. Auch hier kann ich nicht sagen, das ist der Grund, sondern es ist ein kleines Puzzleteil.

Was machen wir? Zum neuen Finanzausgleich oder angepassten Finanzausgleich haben wir uns vernehmen lassen. Der Kanton hat geschrieben, man wolle im Bereich der Pflegefinanzierung nicht so viel anpassen. Man möchte zuerst schauen wie die angedachten Massnahmen greifen und die Pflegefinanzierung vielleicht in 2–3 Jahren anschauen. Das war mein Feedback. Ja, wir können warten bis wir umfallen, aber das nützt nichts. Wir haben jetzt das Problem. Es gibt andere Ideen, die rumgegeistert sind, wie man die Gemeinden entlasten könnte. Das ist vom Kanton als Eingriff in die Gemeindeautonomie taxiert worden. Ich persönlich hätte keine Mühe mit einem Eingriff in die Gemeindeautonomie, wenn wir CHF 1-2 Mio. bekommen mit der Auflage, die Schulden abzubauen. Da staune ich manchmal, was für Argumente kommen, mehr möchte ich nicht sagen. Wir möchten uns im Kanton vernehmen lassen, wir wollen weiter Druck aufsetzen. Kann man das als kleine Gemeinde? Ich weiss es nicht, aber wir wollen, wenn wir mit gewissen Leuten sprechen, darauf hinweisen, dass die Situation für die Gemeinde nicht lustig ist.

Zu den Ergebnissen der Spezialfinanzierungen. Ich möchte nur eine Kleinigkeit aufnehmen, weil es eine Frage gab, die ich einer Fraktion beantwortet habe. Ihr habt wahrscheinlich gesehen, dass beim Abfall CHF 50'000 vorgesehen sind für Chip bei den Grüncontainern. Der Hintergrund ist, dass wir im Rahmen der Abfallthematik gleichzeitig das Abfallreglement überarbeiten lassen haben von der Swiss Recycle. Das bestehende Abfallreglement ist nicht mehr à jour. Ein Punkt wäre das Einbauen einer Chip-Lösung beim Grüngut. Das hat den Vorteil, dass man verursachergerecht das Grüngut zahlt, hat aber den Nachteil, dass man es verursachergerecht zahlen muss. Das ist für die einen positiv für die anderen negativ. Die Grundidee wäre, dass man die initiale Bestückung dieser Container mit Chips aus der Abfallkasse zahlen möchte, dass die Container mit diesen Chips bestückt werden. Es wäre so, dass jeder Container geleert und erfasst wird. Es gibt eine Rechnungsstellung, die nicht mehr über die Verwaltung läuft, man könnte die Verwaltung also administrativ entlasten. Das wird heute nicht entschieden, sondern wir haben es ins Budget gestellt, denn wenn es kommt, dann ist der Betrag vorhanden. Die Entscheidung wird fallen, wenn man im Frühling über das Abfallreglement und die Chip-Lösung diskutieren kann. Wenn man es eine gute Sache findet, dann haben wir

den Betrag drin. Wenn man aber findet, das ist eine schlechte Sache, dann wird der Betrag nicht gebraucht.

Zu den FIKO-Anträgen. Ich glaube, wir können dann, wenn sie gestellt werden einzelne Stellungnahmen abgeben. Mehrheitlich wird der Gemeinderat an seinen Anträgen festhalten. Wir könnten uns aber einverstanden erklären mit diesen abschliessbaren Fahrradständergeschichte im Schulhaus Unterboden. Wir sind der Meinung, dass wir den Antrag nicht zurückziehen, sondern wir lassen diesen drin.

Was wird noch zusätzlich gemacht? Etwas was noch nicht drin ist aber damit ihr es wisst. Beim Posten 2170.3144.00 Schulliegenschaften, haben wir im Moment noch CHF 10'000 für die Entsorgung Vitrinen drin. Wir streichen diese CHF 10'000 für die Entsorgung. Wir werden nochmals über die Bücher gehen, ob es nicht doch eine Lösung für die Vitrinen-Geschichte gibt. Diese stehen im Schulhaus OSOS. Wir haben das Thema, dass die Vitrinen nicht mehr sicherheitsmässig top sind und wir klären es ab, ob es eine alternative Lösung gibt. Sobald wir diese haben, werden wir es dem Einwohnerrat vorschlagen. Entweder im Budget, im nächsten Jahr oder allenfalls an einer früheren Sitzung, dass es separat kommt. Aber diese CHF 10'000 nehmen wir aus dem Budget.

Anand Keshava: Grundsätzlich zum Budget, die wirtschaftliche Lage ist gut. Trotzdem machen wir ein Defizit von CHF 1,2 Mio. obwohl die Steuereinnahmen steigen. Die Steuereinnahmen steigen auch mehr als jetzt die Pflegefinanzierung. Man muss zu diesem Punkt sagen, die Pflegefinanzierung ist nicht der einzige Grund. Das Budget ist CHF 0,3 Mio. schlechter als das Budget 2025 und ganze CHF 2,8 Mio. schlechter als die letzte Rechnung. Das sind die letzten effektiven Zahlen vom Jahr 2024. Es hat im Budget keine strukturellen Massnahmen zur Entlastung der finanziellen Lage. Von dem her begrüssen wir jetzt, dass die Taskforce gegründet wird und wir begrüssen auch das externe Fachleute hinzugezogen werden. Die FIKO macht auch mit. Man erwartet allerdings eine gewisse Offenheit des Gemeinderates, dass man auch schwierige Themen angehen kann. Spätestens im Budget 2027 hat es konkrete Massnahmen zum Handeln und Entscheiden. Eigentlich hatte man der Analyse am 30. Juni 2023 zugesagt. Es wurde versprochen, dass es einen separaten Bericht gibt, aber es ist nichts gemacht worden. Wie gesagt, der Fiskalertrag steigt auf CHF 30,9 Mio. das ist CHF 1 Mio. mehr als das vorherige Budget. Wenn man es aber mit 2024 vergleicht, also in echten Zahlen, dann ist es eine Senkung von CHF 0,5 Mio. Die Steuereinnahmen unterliegen grosse Schwankungen, das ist klar. Es besteht definitiv die Hoffnung, dass es besser herauskommt, wie budgetiert. Das haben wir in den letzten Jahren auch immer gesehen.

Zum Aufwand: Der steigt auf CHF 38 Mio., plus CHF 1,5 Mio. gegenüber dem Vorjahr. Man hat es gehört, die Pflegefinanzierung, die Schulen, unterhalb der Hochbauten die Abschreibungen, das Schulhaus Goldiland wird teurer, die Feuerwehr ebenfalls, da haben wir soeben die Anträge erhalten. Der Personalaufwand ist auch etwas, der jedes Jahr ansteigt. Bei der Pflegefinanzierung zahlen wir jetzt CHF 3 Mio., das sind 15 Steuerprozent.

Grundsätzlich glauben wir immer noch, dass relativ vorsichtig geplant wird. Man hat gewisse Puffer im Budget und wir wissen auch aus der Vergangenheit, dass die Gemeinde das Geld sorgfältig ausgibt. Das erwarten wir grundsätzlich auch, dass man die Kosten zumindest in den Einheiten, die beeinflussbar sind, eigentlich darunter sein werden. Das ist auch eine deutliche Erwartung. Die FIKO hat ein paar Anträge eingebracht. Wie gesagt, es ist schwierig im nächsten Jahr bereits Ersparnisse zu erwarten. Das muss man strategisch anschauen. Man muss es die nächsten Jahre planen. Deshalb sind die Beträge eher kleiner, aber wenn man es zusammenrechnet, wenn man einen langfristigen Horizont einnimmt und es in den Ausgaben teilt die wiederkehrend sind, dann haben wir in 10 Jahren CHF 0,7 Mio. weniger Schulden. Das ist ein Betrag der gar nicht so klein ist. Darum bitten wir euch diesen Anträgen zuzustimmen.

Mia Jenni: Das vorherige Budget prognostiziert ein operatives Minus und eine Pro-Kopf-Verschuldung von CHF 2'600, was wohl einigen von euch einen kalten Schauer über den Rücken jagen wird. Uns nicht oder nicht so wie ihr es vielleicht denkt. Mal von vorne: Obersiggenthal

wächst, kürzlich haben wir die 9'000-Grenze überschritten, wir konnten das alle aus der Zeitung entnehmen. Das kommt mit neuen Ansprüchen und neuen Herausforderungen und danach, das muss man klar sagen, sinken in diesem Jahr die Netto-Investitionen im Vergleich zum Vorjahr. Der Faktor heisst, dass wir pro Kopf weniger investieren werden als im Jahr 2025. Das heisst aber auch ganz klar, dass im vorliegenden Budget zwischen dem Wunsch und der Notwendigkeit unterschieden wurde und das Notwendige dringeblieben ist. Man sieht das auch an den FIKO-Anträgen. Es ist vorhin erst einmal genannt worden, dass es wirklich ein Budget ist, in dem das Notwendigste drin ist. Deshalb werden wir auch grossmehrheitlich bis einstimmig diesen weiteren Kürzungs-Beiträgen der FIKO nicht zustimmen. Insbesondere die erneute Kürzung bei den Lohnerhöhungen bei den Gemeindemitarbeitenden. Eine Gemeinde, die so grosse Herausforderungen und gleichzeitig in den letzten Jahren auch so hohe Fluktuationen gesehen hat, sollte nicht mehrere Jahre lang durch knausrige Lohnpolitik auffallen. Ebenso, das ist eher meine persönliche Meinung, finde ich einen Velounterstand für Lehrerinnen und Lehrer, ist definitiv etwas was drin liegen sollte. Wir sollten ein attraktiver und nachhaltiger Arbeitsplatz für Lehrerinnen und Lehrer sein, vor allem in Zeiten von Lehrerinnen und Lehrermangel.

Man muss sagen, dass der Selbstfinanzierungsgrad momentan sehr tief ist. Das mag verschrecken, aber wenn man die nächste Legislatur anschaut, also wenn man die nächsten paar Jahre anschaut, sieht man auch dass sich das rasch wieder erholen kann. Es ist im Rahmen der Kennzahlen, man akzeptiert es und es wird auch für gut befunden. Ich glaube in diesem Moment, das muss man schon noch kurz sagen, das Ziel hier drin muss nicht unbedingt die schwarze Null sein, sondern eigentlich das Erhalten dieser Kennzahl und zwar über mehrere Jahre hinweg. Wir müssen und es ist unsere Aufgabe als Gemeinde, Investitionen tätigen. Es ist klar, dass Liegenschaften renoviert werden müssen, dass die Gemeinde, erhalten bleibt für die Zukunft. Das ist auch das, was ich unter Generationengerechtigkeit verstehe. Wenn ich mal Kinder habe, hätte ich gerne, dass diese in einem Schulzimmer sein könnten, das bildungsgerecht ist und nicht gerade auseinanderfällt. Das ist Generationengerechtigkeit.

Was uns aber ein wenig den kalten Schauer über den Rücken runterjagt, ist dass man jetzt sieht: Wenn man genau hinschaut, dass die vorletzte Steuergesetzrevision prognostiziert, dass wir eine halbe Million weniger Franken Einnahmen haben. Die fehlen jetzt. Die Einnahmen wachsen sehr langsam. Es sind Gemeinden wie unsere, die aufgrund der Steuersenkung für Unternehmen, nett gesagt, den Gürtel enger schnallen und böse gesagt, auch Lebensqualität abbauen. Für uns ist das eine Blackbox, auch wenn man sich die Zukunft anschaut. Was bringt die Abschaffung des Eigenmietwertes? Gut, das wurde einfach mal gesagt, um die früh angenommenen Steuergesetzrevisionen und die weiteren angedachten Steuergesetzrevisionen. Wenn man die Kosten anschaut, zum Beispiel die Pflegefinanzierung ist so ein Thema, das auf die Gemeinden abgewälzt wurde, dann muss man sich überlegen ob man das annehmen möchte. Zur Pflegefinanzierung: Dort ist noch ein Postulat hängig, welches vom Grossen Rat überwiesen worden ist, gegen den Willen des Regierungsrats, dass man die Lasten unter den Gemeinden besser aufteilt. Wird es in den nächsten Jahren einmal beantwortet werden? Ich nehme an, dass es nicht in die Überlegungen eingeflossen ist. Ich bin sehr gespannt was dort rauskommt und ob es zu einer Entlastung kommt.

Wir sind, das wurde schon ein paar Mal gesagt, nicht für eine Steuerfusserhöhung. Der Hebel muss anderswo angesetzt werden und da sind vor allem auch eure Parteikolleginnen im Grossen Rat, welche dort Einfluss haben auf die Realitäten in den Gemeinden. Herzlichen Dank an die Gemeindeverwaltung für die Ausarbeitung des Budgets.

Sandra Hehli: Die SVP-Fraktion bedankt sich bei Bernhard Wehrli und seinem Team für die Zusammenstellung des Budgets für das Jahr 2026. Ebenso bedanken wir uns bei der FIKO für die aufwändigen Arbeiten und für den kritischen FIKO-Blick. Leider präsentiert sich das Budget erneut mit einem Defizit von rund CHF 1.2 Mio. Ein ausgeglichenes Budget wäre wünschenswert. Die steigende Verschuldung und der Investitionsbedarf, insbesondere bei dem baulichen Unterhalt, bringen uns in eine schwierige Finanzlage. Unbeeinflussbare Kosten wie Pflegefinanzierung und Sonderschule verschärfen die Situation zusätzlich. Hier ist der Kanton gefordert. Wir

sehen auch, dass die Zitrone langsam ausgepresst ist. Daher müssen wir zwingend jeden Franken zwei bis dreimal umdrehen und abschätzen, sind diese Ausgaben dringend notwendig oder einfach "nice to have".

Beim Hallen- und Gartenbad bedauern wir, dass eine Beteiligung von Untersiggenthal und Ehrendingen an den Betriebskosten nicht berücksichtigt wurden. Wir fordern den Gemeinderat auf, diese Gespräche dringlichst wieder aufzunehmen und generell mehr Einflussmöglichkeiten zu schaffen, um die Defizite nicht einfach hinnehmen zu müssen.

Auf weitere Zahlen werde ich nicht eingehen, da diese schon von Peter Marten im Detail erläutert wurden. Auch dir Peter Marten, nochmals vielen Dank für deine detaillierten Ausführungen. Die Einberufung einer Task-Force Finanzen begrüssen wir sehr. Die SVP-Fraktion stimmt dem Budget und den Anträgen der FIKO mehrheitlich zu.

Marcus Eberhardt: Die FDP-Fraktion Obersiggenthal bedankt sich bei der Abteilung Finanzen und der FIKO für die Ausarbeitung und Prüfung des Budgets 2026. Trotz positiver Steuerentwicklung wird für das Jahr 2026 ein Defizit von CHF 1,2 Mio. erwartet. Was wir in diesem Zusammenhang bedauern, dass erneut keine strukturellen Massnahmen zur Verbesserung der finanziellen Situation vorgesehen sind. Wir erwarten bis spätestens zum Budget 2027 qualifizierbare Vorschläge. Zwar sind in den letzten Jahren immer wieder negative Budgetierungen vorgenommen worden, die sich dann doch positiv gewendet haben. Mitverantwortlich waren hier aber nicht besetzte Planstellen, zum Beispiel Leiter Bau und Planung und nicht durchgeführte geplante Investitionen. Das Ziel ist ganz klar ein ausgeglichenes Budget auch wenn das in den nächsten Jahren immer schwieriger zu sein scheint. Bildungsbereich, Gesundheitsbereich, soziale Sicherung und baulicher Unterhalt, schon allein aufgrund der steigenden Kosten bei der Pflegefinanzierung.

Genauso wichtig sind verlässlichere Daten beim Erstellen des Budgets. Die FDP-Fraktion Obersiggenthal stimmt der Budgetplanung 2026 zu einem gleichwertigen Steuerfusses von 110 % unter Berücksichtigung der folgenden Anträge zu. Antrag 1, Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals. Wir folgen dem Antrag der FIKO Lohnerhöhung um 1 % anstatt 1,6 %. Zum Antrag 2, Legislative Löhne und Schädigungen im Einwohnerrat sollen nicht erhöht werden. Hier stimmen wir der FIKO zu, denn das wird ein schlechtes Bild nach aussen bringen. Antrag 3, Schulliegenschaften Unterhalt Hochbauten, Streichung der abschliessbaren überdachten Fahrradkäfige für Lehrpersonen, hier stimmen wir der FIKO zu. Antrag 4, Feuerwehrlöhne, Funktionsentschädigung, die sollen ihre Lohnerhöhung bekommen. Hier stimmen wir gegen die FIKO. Antrag 5, Feuerwehrlöhne, Kurse und Dienstleistungen, die sollen die vorgeschlagene Lohnerhöhung bekommen, hier stimmen wir gegen die FIKO. Antrag 6, Sportunterhalt Hochbauten, Ersatzgeräte der Sporthalle werden genehmigt, hier stimmen wir gegen die FIKO.

Roger Rüede: Jetzt gibt es ein gewisses Risiko, dass ich mich wiederhole. Die Mitte-Fraktion hat an der Fraktionssitzung vom 21. Oktober 2025 den Bericht des Gemeinderates und der FIKO zum Budget 2026 auch beraten. Dass ein Defizit von rund CHF 1,2 Mio. budgetiert wird, ist auch für uns nicht erfreulich. Details zu den Mehrausgaben hat Peter Marten bereits ausgeführt. Dass schon heute über eine Steuerfusserhöhung im Jahr 2027 spekuliert wird, haben wir schon geplant und hat auch bei uns Diskussionen ausgelöst. Wir glauben nicht, dass es im Moment mehrheitsfähig ist. Was wären die möglichen Lösungsansätze zur Verbesserung der finanziellen Situation? Auf der Einnahmeseite ist es möglich, zusätzliche Einnahmen zu generieren? In der Steuereinnahme dürfte das selbst mit einer Steuerfusserhöhung und mit mehr Einwohnern, das im benötigten Umfang langfristig schwierig werden. Das zeigt auch der Aufgaben- und Finanzplan. Sollen wir die Gebühren für die Dienstleistungen der Gemeinde erhöhen? Sollen wir über den politischen Weg versuchen zu erreichen, dass wir mehr Geld von Bund, Kanton und Gemeindeorganisationen bekommen? Oder dass wir weniger abgeben müssen? Das dürfte wahrscheinlich länger dauern, als uns lieb ist. Auf der Ausgabenseite wissen wir alle, es gibt grosse Positionen im Bereich Bildung, soziale Sicherheit und Gesundheit. Wir haben das vorhin gehört, da kann man es kaum innert nützlicher Frist beeinflussen. Auf den Unterhalt und zum Teil auch logischerweise Investitionen können wir kaum verzichten. Es

ist enorm wichtig, dass wir im Einwohnerrat genau hinschauen und verantwortungsvoll mit den Finanzen umgehen. Deshalb unterstützen wir die vom Gemeinderat in Aussicht gestellte Einsetzung dieser Taskforce-Finanzen.

Die im Moment ungenügende Selbstfinanzierung und das im Jahr 2026 mittelfristig, das schreibt der Gemeinderat selber im Bericht, erstmals nicht eingehaltenen Haushaltsgleichgewicht zu analysieren und Massnahmen vorzuschlagen. Wir möchten nicht nur, dass die Taskforce-Finanzen rasch an die Arbeit gehen, sondern wir möchten auch, dass der Einwohnerrat sinnvollerweise über die FIKO, welche ihre Bereitschaft schon gezeigt hat, bei der Besetzung dieser Taskforce, als auch bei der Erstellung des Fragenkatalogs, dass die Taskforce einbezogen werden. Zu den Einzelpositionen im Budget werden wir im Anschluss in der Budgetberatung Stellung nehmen. Wir bedanken uns bei allen Beteiligten, insbesondere dem Team der Abteilung Finanzen unter der Leitung von Bernhard Wehrli für die grosse Arbeit, die hinter dem Budget steckt. Wir bedanken uns auch bei der Finanzkommission für die Prüfung des Budgets und der Bericht dazu. Wir sind der Auffassung, dass der Bericht eine gute Zusammenfassung ist und das Budget konstruktiv gewürdigt wurde.

Daniela Graubner: Die EVP-Fraktion bedankt sich bei Bernhard Wehrli und dem Team der Abteilung Finanzen herzlich für die übersichtlich und klar gestalteten Unterlagen zum Budget 2026. Das Budget 2026 wird bei einem Steuerfuss von rund 110 % geplant. Der Trend läuft in den kommenden Jahren in Richtung Verschuldung. Wir können uns keine grossen Ausgaben leisten. Die Erwartung der EVP-Fraktion, für das Budget ist eben eine schwarze Null und das wird leider nicht erreicht mit einem budgetierten Defizit von CHF 1,2 Mio. Viele Ausgaben können wir nicht beeinflussen, das haben wir gehört, sie schränken unseren Handlungsspielraum ein. Insbesondere die Pflegefinanzierung verschärft die Situation. Auch die Abschreibungen der bereits getätigten Investitionen sind unveränderbare Fixkosten. Zudem besteht der Nachholbedarf beim baulichen Unterhalt der gemeindeeigenen Liegenschaften. Immerhin hat sich die Ausgangslage positiv verändert aufgrund der letzten positiven Abschlussjahre 2021 bis 2023. Wir begrüssen die Einberufung der Taskforce Finanzen ausdrücklich, um den Horizont zu ergründen und eine aussagekräftige Strategie zu entwickeln. Wir unterstützen mehrheitlich die Anträge der FIKO und werden dem Budget zustimmen.

Christian Buser: Ich habe etwas zum FIKO-Bericht, was mich sehr stört. Anand Keshava hat es auch schon gebracht. Es ist im Kapitel 4, Ausgabe Beiträge an das Chinderhuus Goldiland. Das suggeriert, dass wir dort ein Wachstum haben von diesen Subjektbeiträgen, es würde korrekt lauten, die Beiträge an die Eltern. Wenn wir aber ins Konto 5452 schauen, steht dort drin: Fugendichtung um Nasszellentüren, Fenster, Ersatzgeschirrspüler, Reparaturen Gartenhag. Das sind keine Beiträge, das sind Unterhaltskosten für eine Gemeindeimmobilie und haben mit dem Chinderhuus Goldiland als Institution nichts zu tun. So wie es geschrieben ist – "Beitrag" – das suggeriert etwas. Ob das politisch gewollt oder einfach unterschiedlich formuliert ist, das lasse ich dahingestellt. Es ist mir auch klar, es sind trotzdem CHF 50'000, also es wird nicht weniger, wenn wir es präzisieren. Ich möchte das einfach festgehalten haben: Es ist nicht das Wachstum, sondern es ist ein Liegenschaftsunterhalt, den man hat.

Anand Keshava: Die Beiträge für die Kinder werden erhöht nächstes Jahr. Die Tarife gehen rauf beim Goldiland und die Subventionen der Gemeinde werden höher. Letztes Jahr hat man die Miete vom Goldiland um CHF 50'000 gesenkt, freiwillig, also als Gemeinde. Das sind Faktoren, die zu einer Erhöhung führen. Ich habe nichts gegen das Goldiland, wir haben selbst Kinder, die dort zur Schule gehen. Es ist sicher keine politische Meinung, mit der wir hier vordringen.

Buser Christian: Ich sehe einfach, es fehlen CHF 50'000 und wenn man die zwei Positionen zusammen nimmt, dann habe ich auch CHF 50'000.

Keshava Anand: Es ist jetzt schwierig darauf zu reagieren, du hättest mir vorher schreiben sollen.

—

Keine weiteren Wortmeldungen.

——

Mara Jenni, Präsidentin: Dann kämen wir jetzt zu den Einzelpositionen, ich möchte, dass ihr allfällige Fragen, Bemerkungen oder Anträge an den jeweiligen Konten vordringen würdet.

0 Allgemeine Verwaltung

Daniel Jenni: Eine Antwort seitens der FIKO. Es geht um das Konto xxxx.3010.00, Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals. Der FIKO-Antrag ist eine Lohnerhöhung von 1 %, inklusiv strukturell und individuell, anstatt der 1,6 % inklusive strukturell und individuell. Die Begründung aus Sicht der FIKO ist, dass die geplante Lohnerhöhung zu hoch ist. Die Inflationserwartung für das Jahr 2026 ist 0,5 % laut SECO. Die Inflation kann damit mehr als ausgeglichen werden, also mit den 1 %. Zum Vergleich, der Kanton Aargau plant 0,7 %. Wir finden die Lohnerhöhung von 1 % bringt genug Flexibilität um auch Anpassungen vorzunehmen. Die strukturellen Anpassungen, die über das hinausgehen, können bei Bedarf auch schrittweise über mehrere Jahre erfolgen.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Der Gemeinderat hält am Antrag fest. Ich habe aufgeschrieben von welchen Zahlen der Gemeinderat ausgegangen ist und wie er auf die 1,6 % kommt. Ich habe den Antrag vom Gemeinderat vis-à-vis gestellt. Wir sind bei unseren Überlegungen von generell und individuell 0,6 % ausgegangen. Dann strukturell 0,4%, das machen wir schon seit Jahren, dafür sind wir auch sehr dankbar.

Wir haben festgestellt, dass wir einen Nachholbedarf von 0,6 % haben. Es zeigt sich, dass langjährige Leistungsträgerinnen und Leistungsträger einen Nachholbedarf haben. Diese sind im Vergleich zu ihren Teamkolleginnen zu tief und wir würden sie gerne nach oben heben. Das ist eine Erscheinung, die man generell kennt. Langjährige sinken mit der Zeit ab, denn finanziell vorwärts kommt man nur, wenn man die Stelle wechselt. Das sehen wir, wenn wir neue Bewerbungen haben, dass die Lohnforderungen zum Teil deutlich über dem sind, den wir vertreten können, wenn wir das Team anschauen.
Zudem ist eine Überlegung, dass wir den Fokus künftig verstärken wollen auf die individuellen Lohnerhöhungen. Leute, welche gut arbeiten, sollen auch belohnt werden. Wenn ihr mit dem Antrag der FIKO konfrontiert werdet, dann sehen wir, entweder wir würden einfach strukturell die Anpassungen vornehmen, was wir eigentlich müssten, denn wir befinden uns im öffentlichem Personalrecht oder wir lassen alles beim Alten. Von daher ist es uns wirklich ein grosses Anliegen, dass unserem Antrag stattgegeben wird. Auf der Folie, das ist die Nominalwohnentwicklung der öffentlichen Verwaltung. Der orange Balken, das sind die Zahlen des Bundesamts für Statistik, die Nominallohnentwicklung der öffentlichen Verwaltung, die habe ich vis-à-vis gestellt von unserer Lohnentwicklung. Da sieht man, dass es in letzter Zeit auseinandergeklappt ist.

Carol Demarmels: Ich halte mich kurz, Bettina Lutz Güttler hat es wunderbar auseinandergenommen, was ich eigentlich sagen wollte. Die FIKO setzt die 1,6 % der Lohnentwicklung der Teuerung entgegen und das ist nicht korrekt, wenn die 1,6 % mit der Teuerung verglichen werden. Auch nicht mit dem Antrag, der auf Kantonsebene stattfindet. Ja, 1,6 %, ein grosser Teil davon, 1 % ist strukturell, das ist wichtig. Wenn Personen Weiterbildungen machen, dann soll das honoriert werden. Teilweise stellt man Leute ein, ganz klar mit der Auflage, eine Weiterbildung zu machen, von einem tieferen Lohn und man sagt, wenn die Weiterbildung abgeschlossen ist, dann geht der Lohn hoch. Diese Leute will man behalten, denn wir wollen nämlich nicht Leute mit Weiterbildung unterstützen und nachher gehen diese. Dann hat man langjährige Mitarbeitende, die, wie du gesagt hast, zu tief eingestuft sind.

Das schlimmste was man machen könnte, ist nicht zu reagieren. Dann gehen diese, gerade beim Fachkräftemangel den wir haben. Den Verlust tragen wir als Gemeinde. Wenn man die

1 % abzieht, dann sind wir bei 0,6 %. Wenn man die 0,6 % dem entgegensetzt was die Teuerung ist oder was der Kanton beantragt, der Kanton beantragt 0,7 %, sind wir dann drunter. Die 0,6 % müssen wir differenziert betrachten. Du hast es gesagt, generell und individuell, ich bin nicht sicher, ob das klar ist. Es bekommt nicht jeder 1,6 % mehr Lohn und es bekommt auch nicht jeder 0,6 % mehr Lohn, denn auch diese 0,6 % werden wieder aufgeteilt in individuell. Leute, die wirklich gute Arbeit leisten, da möchte man es honorieren Dann bleibt vielleicht noch etwas übrig, je nachdem. Der Gemeinderat kann das entscheiden, wer dann etwas erhaltet oder eben nicht. Wir erachten es als ganz wichtig, dass wir dem Gemeinderat folgen. Wir sehen auch, dass es finanziell keinen weisen Entscheid ist, dort zu sparen. Jede Person, die unsere Gemeinde verlässt und neu eingearbeitet werden muss, kostet viel Geld. Wir wissen alle, wie oft das passiert ist in den letzten Jahren.

Lukas Füglister: Ich muss etwas dazu sagen. Ich ästimiere, dass man nachhaltig ist mit den Löhnen. Ich ästimiere, dass man langjährige Mitarbeiter behalten will. Seit ich im Einwohnerrat bin, ist die Lohnsumme oder sicher das was man immer gesagt hat, mindestens zwischen 1 bis ca. 2,5 %, jedes Jahr hochgegangen, während die Privatwirtschaft klinisch tot ist. Es ist eine gerade Linie, es geht nicht viel nach oben. Zum Teuerungsausgleich, viele Firmen zahlen nicht einmal den Teuerungsausgleich. Das heisst, man ist gezwungen, wenn man mehr Lohn generieren will, eine Weiterbildung zu machen, das ist immer gut, oder man muss den Job wechseln. Bei uns in der Gemeinde ist immer jedes Jahr klar, der Gemeinderat stellt den Antrag umso und so viel Prozent nach oben, wir sollen immer Ja sagen. Sorry, irgendwie verstehe ich die Entwicklung nicht, aber vielleicht kannst du als Mathematikerin etwas dazu sagen.

Carol Demarmels: Ich antworte gerne, aber nicht als Mathematikerin, sondern als Politikerin. Ja du hast recht, wenn man mit dem Lohn nach oben möchte, dann muss man den Job wechseln oder eine Weiterbildung machen. Genau um das geht es, nämlich dass die Leute, welche eine Weiterbildung machen, nachher mehr Lohn bekommen und das diese nicht den Job wechseln, sondern bei uns bleiben. Es geht nicht um den Teuerungsausgleich. Wir schlagen nicht die 1,6 % dem Teuerungsausgleich entgegen, um das geht es nicht. Das ist ganz ein kleiner Teil, der noch der Teuerungsausgleich ist. Der Gemeinderat kann entscheiden, dass die 0,6 % noch einmal gesplittet werden in generell und individuell, das obliegt dem Gemeinderat. Der Gemeinderat kann sagen, wir machen nur individuell und nicht generell. Niemand erhält 1,6 % Teuerungsausgleich, über das sprechen wir nicht.

Anand Keshava, FIKO-Präsident: Unser Punkt ist nicht, dass man keine strukturellen Lohnerhöhungen geben soll. Ich sage, dass 1 % Lohnerhöhung zusammen mit den Beiträgen der letzten paar Jahren, reichen müsste. Genauso, wie es hier aufgezeigt wird, wird es eben nicht gemacht. Es ist nicht so, dass es zugeordnet wird und dann ist es 0,6 %. Wir sprechen über die Gesamtlohnsumme. Wie der Gemeinderat es nachher aufteilt, ist dem Gemeinderat überlassen. Der Antrag ist, kommt mit diesen 1 % klar die ihr habt und verteilt diese. Wenn der Gemeinderat möchte, können sie den ganzen Betrag nur strukturell verteilen. Ich glaube nicht, dass jeder Mitarbeiter jedes Jahr eine Lohnerhöhung bekommen muss. Der Gemeinderat sagt, es wird mit 0,6 % eingesetzt und muss auch nicht jedes Jahr die Löhne erhöhen. Wenn man bedenkt, dass man in den letzten Jahren, ich sage gerade mit der Inflation, eigentlich immer über der Implosion gewesen sind, trotz der Senkungsanträge. Es ist nicht so, dass man immer gespart hat, sondern man hat auch in den vergangenen Jahren, immer eine Lohnerhöhung bekommen.

Volkmar Haueisen: Danke Bettina Lutz Güttler fürs Aufzeigen der Entwicklung. Ich kann nicht beurteilen, hat jemand einen zu hohen oder zu niedrigen Lohn. Was ist der richtige Lohn? Das ist systemisch, es gibt für den öffentlichen Arbeitgeber ein Lohnsystem, da werden die Mitarbeiter in Lohnklassen eingestuft. Es gibt eine bestimmte Bandbreite, darin liegen die Mitarbeiter je nach Leistung und Lohn. Das hat nichts mit Teuerung zu tun, das hat nichts damit zu tun, wir haben immer schon Lohnerhöhungen gesprochen. Es hat damit zu tun, dass die Mitarbeitenden in diesem Relativvergleich und nicht zu irgendwas anderem nachvollziehbar eingestuft sind oder nicht. Das sind wir den Mitarbeitenden schuldig und deswegen habe ich mich entschieden, ich werde den Antrag der FIKO ablehnen und den 1,6 % zustimmen. Es geht

nicht um die Teuerung, das hast du auch sehr schön auseinandergenommen, es geht darum, das System zu erfüllen, wie unsere Mitarbeitenden im öffentlichen Dienst bezahlt werden müssen.

Carol Demarmels: Ich würde gerne noch einen Satz sagen, weil gesagt wurde, jedes Jahr ist es raufgegangen. Jedes Jahr beantragt die FIKO die Streichung des Postens und letztes Jahr ist der FIKO-Antrag durchgekommen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Lohnerhöhung 1.0 % (inkl. strukturell/ individuell) anstatt 1.6 % (inkl. strukturell/ individuell)

Der Antrag wurde mit 23 Ja-Stimmen zu 11 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Anand Keshava: Konto 0110.3000.02, Legislative- Löhne und Entschädigungen Einwohnerrat. Antrag: Streichung Erhöhung Sitzungsgeld Einwohnerrat von CHF 80 auf CHF 100. Totalbetrag CHF 4'000. Das ist ein gutes Beispiel für eine unnötige Ausgabe. Der Gemeinderat möchte gerne das Sitzungsgeld erhöhen. Das ist ja okay, oder? Aber es ist einfach unnötig im Moment, es würde das falsche Signal aussetzen, es ist eine freiwillige Aufgabe. Ich weiss nicht, ob irgendjemand nach dem gefragt hat. Wir würden sagen, wir streichen es, um CHF 4'000 im Jahr einzusparen.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Unsere Gemeindeschreiberin II, Romana Hächler, hat verdankenswerter Weise alle Gemeinden im Kanton Aargau angefragt, welche einen Einwohnerrat haben, wie das mit den Entschädigungen des Einwohnerrates aussieht. Hier seht ihr die Ergebnisse. Vielen Dank, Romana Hächler, für die grosse Arbeit. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass nach 20 Jahren eine Überprüfung stattfinden soll. Die letzte Anpassung war im Jahr 2006. An dies mag ich mich persönlich noch erinnern, das war nämlich meine erste Sitzung im Einwohnerrat. Wir halten daran fest aber sind diesbezüglich vollkommen emotionslos. Noch ein Hinweis, ihr seht da noch das Präsidium der FIKO, über das hat sich der Gemeinderat, tut mir leid Anand Keshava, noch nie Gedanken gemacht, aber es könnte aus dem Rat heraus einen Antrag auf Erhöhung der Entschädigung für den FIKO-Präsident gestellt werden.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Streichung Erhöhung des Sitzungsgeld für den Einwohnerrat von CHF 80 auf CHF 100, Totalbetrag CHF 4'000.

Dem Antrag wird mit 29 Ja-Stimmen zu 3 Nein- Stimmen und 3 Enthaltungen zugestimmt.

---

1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung

Andreas Hansen Berg: Die FIKO hält eine Erhöhung der Funktionsentschädigung für gerechtfertigt. Aber aufgrund der sehr angespannten Finanzlage finden wir eine Anpassung um total

25 % zu hoch und schlägt deshalb eine Erhöhung um 10 % vor. Die Aufteilung auf die jeweiligen Funktionen wird dem Gemeinderat überlassen. Der Erhöhung der Sitzungsentschädigung von CHF 28 auf CHF 32 sowie der Erhöhung des Soldes (bis 2h) auf CHF 50 für Soldaten, bzw. von CHF 70 auf CHF 80 für Kader und Offiziere stimmt die FIKO zu.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Die Feuerwehr ist hochgradig reglementiert. Es gibt genaue Vorschriften, welche Feuerwehr wie ausgerüstet sein muss, wie viele Personen teilnehmen müssen, wie der Ausbildungsstand sein muss. Wir sehen hier die Einteilung der Grösse von der Feuerwehr. Wir sind in der Grösse 4b. In der Grösse 4b ist der Sollbestand bei 73. Es wird dann noch weiter differenziert, je nachdem, wie viele Strassen man hat, etc., sieht die Zahl dann auch wieder anders aus. Man sieht, was für Anforderungen an die Mannschaft gestellt werden. Man sieht den Kommandanten, man sieht es braucht einen Stab, man sieht die Züge, Spezialzüge und was für Ränge die entsprechenden Personen haben müssen. Damit man das erreicht, braucht es eine Ausbildung und Erfahrung. Jetzt wird es schwierig zu lesen, das ist mir bewusst. Das heisst, die Leute, die in der Feuerwehr sind, bei denen wir sehen, dass sie das Potenzial habe, die werden, wenn möglich, in die Weiterbildung geschickt. An diesen Weiterbildungen haben wir als Gemeinde ebenfalls Interesse. Ebenfalls sind wir daran interessiert, dass wir Kaderangehörige finden und um die Entschädigung dieser Kader sprechen wir heute. Ich habe hier einen kurzen Überblick. Das sieht man alles auf dem Lodur. Das letzte Datum ist der 26. April 2025, das sind alles Übungen und Anlässe. Entsprechend geht es weiter bis Ende Jahr. Wir haben auch noch die Einsätze, welche gemacht worden sind in den letzten Jahren. Stand vom 20. Oktober 2025 waren es 75 Einsätze. Es schwankt zwischen 84 und etwa 110. Das sind alles Einsätze, in denen die Leute alarmiert werden, die losgehen, um Hilfe zu leisten.

Das könnten grössere Anlässe sein, das könnten auch kleinere Gelegenheiten sein aber sie werden aus ihrem Alltag herausgerissen. Zum Teil auch mitten in der Nacht. Die Funktionsentschädigung ist eine Abgeltung für eine Verantwortung und dem Zusatzumfang, der verbunden ist mit der Kaderfunktion. Wie ich gesagt habe, man muss die Ausbildungen absolvieren. Es braucht Erfahrung. Das Feuerwehrwesen hat eine zunehmende Reglementierung. Die Kader sind auch aufgefordert, Personal zu gewinnen, Nachwuchs zu finden. Es steht auch in der nächsten Zeit eine Nachfolgeplanung im Kommando an. Die Fusionsgespräche haben ebenfalls Einblick in andere Abgeltungssysteme gegeben. Nur ein Vergleich zwischen den Feuerwehren ist aber sehr schwierig, denn das Pflichtenheft der einzelnen Funktionen ist je nach Feuerwehr verschieden. Auch hier ist die letzte grundlegende Anpassung im Jahr 2006 passiert.

Anand Keshava: Im Vergleich zwischen 10 verschiedenen Feuerwehren ist es so, dass wir etwa im Mittelfeld sind. Wenn man der Erhöhung von 10 % gemäss dem Fiko-Antrag zustimmt, dann kommt man in ein gutes Mittelfeld. Wenn man dem höheren Antrag des Gemeinderates zustimmt, dann sind wir fast die höchsten. Es gibt nur noch Wettingen, dann sind wir von diesen 10 Feuerwehren sicher bei den drei teuersten dabei. Das zu eurer Information, damit wir das Wissen, wenn wir das entscheiden.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Der Vergleich ist wie gesagt schwierig, weil die Pflichtenhefter verschieden sind. Neben den Funktionsentschädigungen bekommen die Leute noch zum Teil zusätzliche Entschädigungen. Es ist auch so, dass von den Feuerwehren im Vergleich, das was die FIKO gesehen hat, sind die drei dran, ihre Entschädigungen zu überarbeiten. Es ist eine schwierige Sache diesen Vergleich zu machen. Die Feuerwehrkommission hat sich sehr vertieft damit auseinandergesetzt. Wir halten daran fest.

Mara Jenni, Präsidentin: Weil viele Personen raus müssen, um über beide Anträge abstimmen zu können, würde ich jetzt den zweiten Antrag noch zur Diskussion stellen. Dann müssen wir die Personen alle nur einmal herausschicken. Ich würde vorschlagen, dass der andere Antrag bereits jetzt schon vorgestellt werden sollte.

Andreas Hansen Berg: Es geht um die Kontonummer 1500.3010.04 Feuerwehr-Löhne (Kurse + Dienstleistungen) was du, Bettina Lutz Güttler, schon angesprochen hast. Auch hier möchte die FIKO nur eine Steigerung von 48 % anstelle der 106 %, die vorgesehen sind. Die Begründung ist, dass der Gemeinderat die Entschädigung für Kurse von CHF 105 auf CHF 150 für halbe Tage und CHF 210 auf CHF 300 für ganze Tage erhöhen möchte. Die FIKO schlägt stattdessen eine Erhöhung auf CHF 115 bzw. CHF 230 vor, dies entspricht diesen 48 %.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Auch da hält der Gemeinderat am Antrag fest. Es ist so, dass bei Ausbildungen, das habe ich bereits schon erläutert, die Feuerwehrleute tageweise weg sind. Sie sind weg von der Familie, sie sind aber zum Teil auch weg vom Arbeitsplatz. Es sind nicht alle Arbeitgeber so Feuerwehrfreundlich, dass sie mit Freude den Lohn zahlen, obwohl die Personen weg sind. Die Personen geben dann Ferientage dran und wir sind der Meinung, dass soll man auch zahlen. Es ist ein Dienst an der Gemeinde. Es sind nicht nur einfach 8 Stunden, sondern es ist auch der Weg, den man unterwegs ist. Deshalb halten wir an unserem Antrag fest.

_____

Keine weiteren Wortmeldungen.

_____

Mara Jenni, Präsidentin: Dann gibt es eine Ausstandpflicht für alle Personen, welche persönlich betroffen sind, ihre Eltern und Kinder. Deshalb würde Daniel Gadient, Ivan Füglister, Kim Grab, Ueli Meier und Ursula Spinnler. Habe ich irgendjemanden vergessen, ein Kind, ein Ehepartner oder sonst jemand der noch in der Feuerwehr Obersiggenthal ist?
Nun sind wir 30 vereidigte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte und das absolute Mehr liegt bei 16.

Abstimmung

Konto 1500.3010.02, Reduktion um CHF 7'581 auf CHF 54'219 (Steigerung 10 % anstatt 25 %)

Der Streichungsantrag wurde mit 18 Nein-Stimmen zu 9 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

Abstimmung

Konto 1500.3010.04, Reduktion um CHF 8'550 auf CHF 28'090 (Steigerung 48% anstatt 106%)

Der Streichungsantrag wurde mit 17 Nein-Stimmen zu 9 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen abgelehnt.

_____

Keine weiteren Wortmeldungen.

_____

2 Bildung

Anand Keshava: Konto 2170.3144.00, Schulliegenschaften - Unterhalt Hochbauten. Streichung abschliessbarer und überdachter Käfig für Lehrpersonen, E-Bike und Fahrräder Schulhaus Unterboden. Wir wissen und haben gehört, dass teilweise Vandalismus an den Velos im Schulhaus Unterboden betrieben wird. Das ist sehr ärgerlich für alle Betroffenen, dass weiss jeder. Jeder der ein Fahrrad hat, erlebte das. Es gibt kein Schulhaus in Obersiggenthal, die einen abschliessbaren Käfig hat, es ist das Einzige. Wenn man dort ein Käfig baut, dann muss man überall einen bauen. Bei der Sporthalle, OSOS und so weiter. Er ist jetzt immerhin ein wenig

günstiger geworden, denn es hat vorher CHF 75'000 gekostet, jetzt sind es CHF 26'000. Ich finde immer noch, dass es extrem teuer ist. Wir haben aus der Lehrerschaft gehört oder auch vom Gemeinderat, dass es nicht mehr so grosse Priorität hat, weil die Vandalismusschäden wieder zurückgegangen sind. Aus diesem Grund würden wir diesen Antrag streichen.

Daniela Graubner: Ich hätte gerne gewusst, für wie viele Personen oder für wie viele Fahrräder der Ständer angedacht wäre?

Peter Marten, Vizeammann: Mein Informationsstand ist, dass zwischen 10 bis 12 Lehrer mit dem Fahrrad kommen. Der Velosténder ist 8 Meter lang. Ich habe nie die offizielle Zahl gehört, welche mit dem Velo kommen, aber ich hätte gesagt, dass man die Fahrräder der Lehrpersonen sicher reingebracht hätte.

Andreas Baumgartner: Es ist so, dass im Schulhaus Unterboden keine sinnvolle Unterbringung für Fahrräder von Lehrpersonen möglich ist. Vor dem Trakt 3 hat es ein paar wenige Fahrradständer. Die Schul-Fahrradständer sind hinter dem Gebäude. Ich habe mit der Schulleitung Mittelstufe gesprochen und es ist so, dass seit den Sommerferien drei Schadenmeldungen betreffend Fahrräder eingegangen sind. Es ist auch so, dass mehr Lehrpersonen mit E-Bikes oder wieder mit Fahrrädern kommen, das ist sehr erfreulich. Ich glaube, Anand Keshava, dass was du gesagt hast, ist auch der Standort, wo die Fahrräder abgestellt werden. Bei uns ist es bei den Seiten-Eingängen, dort ist es relativ einsichtig. Wir haben relativ wenig Schäden an Fahrrädern von Lehrpersonen.

Im Unterboden ist die Situation offenbar eine andere und daher würde ich es unterstützen, dass man dort etwas macht. Die paar wenigen Fahrradständer, die vor dem Trakt 3 sind, diese sind nicht überdacht und es hat viel zu wenige. Dort ist es wirklich unübersichtlich. Von dem her würde ich es beliebt machen, den Sparantrag abzulehnen. Was ich auch in diesem Zusammenhang erwähnen möchte, ich störe mich viel mehr daran, dass zum Beispiel eine Verglasung im Budget des Velounterstands bei der Dreifachturnhalle drin ist. Das ist zwar als Schutz, dass niemand bei dem Velounterstand hochklettern kann. Ich finde es ist momentan so, dass die Jugendlichen und Schüler kaum die Gelegenheit haben, zu merken, wenn etwas gefährlich ist. Man sucht jede Gefahr, die irgendwie vorhanden ist, aus dem Weg zu räumen. Im Extremfall gelangt man schlussendlich dahin, dass die Gemeinde jeden Baum, der auf ihrem Gelände steht und im Gemeindebesitz ist, mit einem Stacheldraht umwickelt, damit Schüler oder irgendwelche Jugendlichen nicht darauf klettern. Ich bin überzeugt, dass im Pumptrack, der jetzt neu entstanden und super ist, der auch sehr viel benutzt wird, es sicher mehr Unfälle gibt als auf dem Velounterstand, welcher vor der Dreifachturnhalle steht.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Streichung abschliessbarer und überdachter Käfig für Lehrpersonen, E-Bike und Fahrräder Schulhaus Unterboden, CHF 26'000.

Dem Streichungsantrag wurde mit 25 Ja-Stimmen zu 8 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen zugestimmt.

Peter Marten, Vizeammann: Konto 2170.3144.00, wir hatten noch CHF 10'000 für den Rückbau der Vitrinen drinnen, den haben wir jetzt zurückgenommen, einfach dass das formell gesagt und gestrichen ist.

---

3 Kultur, Sport und Freizeit

David Wick: 3410.3144.00, Sport – Unterhalt Hochbauten. Es geht um die Streichung vom Geländer der Sporthalle, CHF 57'575. Es ist eigentlich ein perfekter, Andreas Baumgartner, Antrag. Ihr werdet noch erfahren warum. In dieser Sporthalle gibt es im ersten Stock Geländer, diese sind zum Teil horizontal orientiert, zum Teil vertikal. Die Horizontalen sind gefährlich, weil man dort hochklettern kann. Dort können Kleinkinder rauf und diese könnten potenziell runterfallen. Da gibt es Normen, dass man das bei Neubauten nicht mehr machen darf oder bei Renovierungen. Das ist sinnvoll und gut. Wir haben es vor Ort angeschaut, wie das konkret aussieht. Es ist so, dass es auf der Ostseite zum Pumptrack hin, bereits schon gemacht wurde, es hat schon vertikale Geländer. Dort kann niemand mehr hinauflaufen und das ist Norm gerecht. Da ist eine grosse Front. Auf der Frontseite, Richtung Süden, sind es etwa 1,5 bis 2 Meter, die tatsächlich noch quer gestuft sind. Der Rest ist verglast. Dort kommt niemand hin, das sind schon relativ kleine Flächen. Gegen raus dann auf der Westseite ist es die ganze Länge, die horizontal ist, allerdings ist die Höhe abnehmend bis oben, bis man auf dem Niveau vom ersten Stock ist. Unten hat es eine schöne Wiese. Auf der Wiese zu landen ist nicht ganz so schlimm wie auf dem Beton. Dann haben wir noch die Tribüne innen, welche auch horizontal orientiert ist und die potenziell gefährlich ist. Dort hat es teilweise viele Leute bei einem Turnier oder bei einem anderen Anlass, allerdings gibt es dort ein Netz. Dieses ist von ganz unten bis oben und dort fällt niemand runter. Es ist kein Maschendraht, es sind Stoffnetze, die stabil sind. Aus diesem Grund haben wir von der FIKO entschieden, dass man auf den Betrag von CHF 57'000 verzichten kann.

Ich kann noch schnell sagen, es gibt auch einen Bericht, der von der Arbeitssicherheit Schweiz erstellt wurde. Dort sind verschiedene Mängel der Sporthalle aufgeführt. Die konkreten Mängel handeln um ein paar Meter. Sie sind erwähnt, allerdings ist dort nur eine Empfehlung ausgesprochen um das zu beheben. Es sind keine Sofortmassnahmen und keine Verpflichtungen.

Peter Marten, Vizeammann: Diese Fotografien sind nicht perfekt. Das Thema, was wir hier auf der Seite, Richtung Sportplatz, bei diesem Geländer haben, ist das man raufklettern kann, aufgrund wie die Streben sind. Was man nicht so gut sieht, dass wir zwischen dem Handlauf und hinten einen Abstand haben. Das ist ideal, um sein Gesäss dort hinein zu parkieren und abzusitzen. Das ist nicht ungefährlich, weil die Personen dann runterfallen könnten. Möglicherweise fallen sie dann auf die Matte und es passiert nichts, möglicherweise eben auch nicht. Fakt ist, wir lassen die Gebäude durch die Arbeitssicherheit in der Schweiz prüfen, es gibt einen Bericht. Meiner Meinung nach hat man in den letzten Jahren die absoluten Notfallsachen gemacht, eben wenn zum Beispiel ein Spielgerät nicht mehr funktioniert. Wenn etwas supergefährlich war, hat man es sofort gemacht. Die anderen Sachen hat man aufgeschoben. Ich bin der Meinung, wenn ich weiss, dass es einen Mangel hat der bekannt ist und ich nichts mache und etwas passiert, habe ich ein Problem. Ich finde, das ist ein kleiner Unterschied in der Sporthalle. Bei allem Respekt, ihr habt gesagt, ihr werdet es weglassen oder ändern? Das habe ich nicht verstanden, wie man auf das kommen kann und behaupten, dass das Netz hält. Das ist mir schleierhaft. Seid ihr wirklich dort gewesen? Das Netz ist nicht stark gespannt. Da kann man nach vorne fallen, das ist nicht stark gespannt. Das ist Realität. Ich kann es nicht nachvollziehen. Wir hatten auch schon Kinder in der Eltern- oder Mütter Beratung, welche unbeaufsichtigt waren. Das ist sicher auch falsch. Das eine oder andere Kind ist schon halb runtergerobbt. Das geht für mich nicht.

Anand Keshava: Darf ich noch etwas ergänzen? Ich finde es komisch, dass der Gemeinderat auf einen anderen Schluss kommt wie die Arbeitssicherheit Schweiz. Die Arbeitssicherheit Schweiz sagt zu diesem Geländer dort rechts, dass ist gefährlich für Babys. Ich meine für Babys ist vieles gefährlich. Es steht in der Empfehlung, es ist entsprechend anzuschreiben. Wenn die Tribüne ausgezogen wird, ist es auch kein Problem mehr. Oben sind keine Babys und es sind auch keine Kita-Kinder dort. Deshalb finden wir es unnötig.

Peter Marten, Vizeammann: Das Gelände ist von mir aus gesehen zu tief. Wenn sie zurückgezogen ist, da hast du relativ hohe Abstände und das Geländer ist zu tief. Nochmals, wir haben dort die Beratung drin, wir haben dort kleine Kinder drin, die sich bewegen. Jetzt kann man sagen, ja es sind immer die Eltern die schauen müssen, das ist klar, aber wir tragen auch eine gewisse Verantwortung. Das sehe ich komplett anders.

Ralph Hunziker: Zum rechten Bild, das muss man sich vor Augen halten, dass das Netz, das du erwähnt hast, während dem Schulunterricht so ist, aber wenn es vermietet ist, wird dieses Netz zu 95 % weg sein. Eventuell ist die Tribüne draussen, wie du gesagt hast und manchmal ist es auch, ich schätze mal, das Unihockey macht das so, die haben keine Tribüne draussen. Oben stehen die Leute. Dann ist es ein Fall von 3 – 4 Meter Höhe. Das Netz ist, so glaube ich vor allem da, dass die Bälle nicht während des Schulunterrichts hochgehen. Da ist schon ein Risiko. Natürlich kann man abwägen, wie stark sind wir Risikoscheu oder nicht.

Der eine Punkt, ist der Fall für die Kleinkinder hier unten. Ich glaube, das müssen wir sowieso machen. Wenn hier ein 6-Monate altes Kind kriecht, kann es dazwischen fallen, vielleicht auch ein 2-Jähriges. Der andere Punkt ist, wie du sagst, die Höhe und beziehungsweise, dass man draufsitzen kann. Es ist wie ein Doppel-Geländer hier oben. Wie realistisch es ist, dass hier jemand darauf sitzt, ich weiss es nicht, aber es ist ein Risiko vorhanden. Schlussendlich gibt es eine Werkeigentümerhaftung. Wenn irgendwann einmal etwas passiert, beispielsweise eine Querschnittslähmung, die kostet sicher mehr als CHF 54'000. Das ist eine Abwägung, die man vielleicht noch machen kann. Für mich ist es klar und für uns als SP-Fraktion auch, dass man hier etwas machen muss, wenn man das Risiko hat. Wie man das möchte, dass verstehe ich persönlich auch ein Stück weit, muss man wirklich abwägen.

Daniela Graubner: Seit wann ist die Situation so? Wie viele Unfälle sind bereits passiert oder Unfälle, bei denen man sagen muss, dass man jetzt handeln muss?

Peter Marten, Vizeammann: Ich habe keine Unfallliste. Es ist immer das gleiche Spiel, solange nichts passiert, ist alles in Ordnung. Wenn einmal etwas passiert, dann hat man es gewusst oder nicht gewusst. Das Dumme ist einfach, das wir es gewusst haben. Wenn wir es wissen, müssen wir handeln. Ich kann nicht die Augen zu machen und sagen, es ist kein Problem. Es ist ein Problem. Wenn ich von einem Hauswart die Rückmeldung erhalte, dass er ein schlechtes Gefühl hat, weil da fast ein Kind runtergefallen ist, ob ich etwas machen könnte. Dann nehme ich ihm das ab, denn er ist der, der vor Ort ist, er ist im Objekt oben, er kennt das Objekt. Er weiss, wie sich die Leute verhalten und dann nehme ich das so an. Aber ich kann keine Statistik führen.

Kristin Lamprecht: Wenn es Tote gegeben hätte, wüsste man es, aber wartet man wirklich ab, bis es Tote gibt?

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Einfach noch kurz, wenn etwas passiert wäre, dann wäre es bereits schon gemacht. Einfach so als Gedanke.

Volkmar Haueisen: Die Arbeitssicherheit entwickelt sich weiter. In 5 Jahre sind Sachen nicht mehr zulässig, die heute noch zulässig waren. Peter Marten hat es treffend gesagt, es gewusst und nicht gehandelt zu haben, kann einen in eine sehr ungemütliche Situation bringen. Viel ungemütlicher als nicht gewusst und nicht gehandelt zu haben. Das ist für mich der treibende Punkt.

Esther Reimann: Ich frage mich, da bin ich auch bei Andreas Baumgartner und bei der Idee, ja, man kann nicht alle Gefahren wegnehmen, da wären die Eltern verantwortlich in der Halle. Kann man das nicht auseinandernehmen? Das vor der Halle, das finde ich wirklich echt übertrieben, also dort mit der Wiese. Auch von der Finanzkommission, dann kostet es halt, ich weiss nicht, die Hälfte oder vielleicht einen Drittel weniger, wenn wir es auseinandernehmen. Mir leuchtet es ein, ich kann mich durchringen es in der Halle zu machen, aber das draussen nicht.

David Wick: Ich habe das Gleiche vorgeschlagen, dass man das auseinandernimmt und zwei separate Anträge stellt, wenn man das einigermassen beziffern kann oder wenn man das einfach so festhalten könnte.

Peter Marten, Vizeammann: Ich habe den Betrag nicht da, aber logischerweise könnte man diesen schon auseinandernehmen. Wir wissen, was es innen kostet.

Carol Demarmels: Also einerseits werden wir es sowieso machen müssen und das wird sicher teurer, also wenn wir das in zwei Schritten machen. Andererseits beim Geländer aussen, ich sehe das auch so, dass es weniger gefährlich ist, aber dort hat man ein anderes Klientel, dort sind die unbeaufsichtigten Kinder. Drinnen sind eher die Beaufsichtigten.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

3410.3144.00, Streichung Geländer AUSSEN bei der Sporthalle.

Der Antrag wurde mit 17 Ja-Stimmen zu 16 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

Abstimmung

3410.3144.00, Streichung Geländer INNEN in der Sporthalle.

Der Antrag wurde mit 27 Nein-Stimmen zu 5 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

Keine weitere Wortmeldungen.

---

4 Gesundheit

Keine Wortmeldungen.

---

5 Soziale Sicherheit

Keine Wortmeldungen.

---

6 Verkehr und Nachrichtenübermittlung

Keine Wortmeldungen.

---

7 Umweltschutz und Raumordnung

Keine Wortmeldungen.

_____

8 Volkswirtschaft

Keine Wortmeldungen.

_____

9 Finanzen und Steuern

Keine Wortmeldungen

_____

Abstimmung

Der Gemeinderat beantragt den Einwohnerrat, das Budget 2026 inkl. Spezialfinanzierungen mit einem gleichgebliebenen Steuerfluss von 110 %. Die Summe gemäss Stellenplan zu genehmigen und für die Spezialfinanzierungen Wasser, Abwasser und Abfall der Beibehaltung der Verbrauchsgebühr pro Kubikmeter gemäss dem Wasserverbrauch, sowohl bei Wasserwerken als auch bei Abwasserbeseitigung und der Beibehaltung der Kehrichtgebühren bei der Abfallbewirtschaftung zuzustimmen.

Der Antrag des Gemeinderates wird mit 33 Ja-Stimmen zu 2 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Das Budget 2026 wird genehmigt.

10 2025/22 Termine 2026

Eintreten nicht bestritten

_____

Mara Jenni, Präsidentin: Gibt es eine Stellungnahme vom Gemeinderat? Gibt es Fraktionsvoten oder Einzelvoten?

_____

Keine Wortmeldungen.

_____

Abstimmung
Die Termine 2026 werden einstimmig genehmigt.

11 2025/23 Umfrage

Carol Demarmels: Ich habe vorhin den Milchexpress erwähnt, dieser hat den Betrieb in Kirchdorf eingestellt, das heisst, der mobile Betrieb wurde eingestellt. Wie ich vernommen habe, hatte es zweierlei Gründe, einerseits, wegen der Fahrzeugkontrolle, ich bin nicht sicher wie man dem sagt und andererseits aufgrund der Pensionierung. Im Moment ist das Fahrzeug am Samstagmorgen in Kirchdorf noch zum Verkauf offen, man muss aber dahingehen und darf dort in den Wagen. Ich finde, es ist ein sehr grosser Verlust, es ist die einzige Einkaufsmöglichkeit innerhalb von Kirchdorf, insbesondere auch für ältere Leute. In gewissen anderen Gemeinden, bspw. in Freienwil und in Windisch, hat man den Dorfladen quasi über die Gemeinde gerettet. In Baden hat man das Chrättli etwa 10-mal gerettet. Ich hätte gerne gefragt, ob man sich Gedanken darüber gemacht hat oder ob man das überhaupt wahrgenommen hat und wie der Gemeinderat damit umgehen möchte. Zieht man es in Betracht ein Gespräch mit den Personen zu führen?

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Selbstverständlich habe ich es wahrgenommen. Ich bin auch regelmässig dort einkaufen gegangen, es ist wie ein Quartiertreffpunkt. Thematisiert haben wir es bis jetzt nicht im Gemeinderat. Wir können es gerne mitnehmen und uns darüber austauschen.

Esther Reimann: OpenSunday ist gestartet. Ich möchte mich herzlich bei allen Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte bedanken, die das ermöglicht haben. Ich möchte mich auch bei dir, Christian Keller und dem ganzen Gemeinderat bedanken, dass so ein sportliches Projekt, so schnell umgesetzt wurde. Der Start ist gelungen, es waren bis jetzt 2 Sonntage mit 46 und 44 Kindern. Ich denke, die Kinder sind dankbar. Was ich sehr toll finde, es hatte 14 Jugendliche die unterstützen und es waren das Hallenteam mit der Projektleitung und einer weiteren Erwachsenenleitungsperson anwesend. Am liebsten wollen sie offensichtlich immer kommen, aber das ist ein bisschen zu viel, weil die Junior-Coaches sich abwechseln. Ich denke, es ist toll gestartet. Wir, die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte und natürlich auch der Gemeinderat sind eingeladen am 30. November 2025, zuzuschauen. Alle sind herzlich am 30. November 2025 um 13:30 Uhr in der Unterboden-Halle eingeladen.

David Wick: Ich habe eine Anfrage per E-Mail gestellt. Es geht um die Petition sichere Hertensteinstrasse. Wir haben erfahren, dass der Kanton sich gemeldet hat. Ich nehme an, dass der Gemeinderat auf uns zukommen wird. Dann sind noch Fragen im Elternrat aufgetaucht. Sind jetzt neue Parkplätze eingezont worden? Die Parkplätze sind zum Teil wirklich sehr nah an dem Schulhaus, also beim Schulhaus Unterboden, genau dort an der Oberdorfstrasse, wenn man aus dem Schulhaus herauskommt, keine 10 Meter entfernt. Auf dem schmalen Strässchen sind acht Parkplätze und beim Schulhaus Goldiland, da ist die Welschmattstrasse, wenn man von oben runterkommt. Auf dem Plan ist das Goldiland noch nicht drauf, man sieht die grüne Wiese. Es sieht völlig unverdächtig aus. Wenn man aber heute schaut, dann sieht man das Goldiland, dann geht die Treppe rauf und gerade anschliessend an die Treppen kommen die Parkplätze. Wir fragen uns, ob Obersiggenthal so viele neue zusätzliche Parkplätze braucht, dass man diese neben dem Schulhaus platzieren muss oder ob das Ersatzparkplätze sind, vom Schulhaus Unterboden, welche man jetzt einfach ausquartieren würde. Wir haben das jetzt angebracht und wir möchten diese dort nicht eingezeichnet haben, zumindest nicht in der nächsten Umgebung der Schulhäuser. Wir wollen wissen, was dort die Interessensabwägungen gewesen sind.

Peter Huber, Gemeinderat: Wie ich es dir schon geschrieben habe, es ist wirklich so, es gibt einen Zusatzbericht der Metron. Wir haben versucht, mehr Parkplätze ins Dorf neu zubringen, dass es einen Ersatz gibt, für die es wahrscheinlich keine mehr gibt. Ihr könnt mich korrigieren, wenn ich etwas Falsches sage. Man hat mit der Metron die Situation angeschaut, wo sind weitere Parkplätze möglich. Wir haben im Gemeinderat entschieden, dass wir es versuchen zu machen, denn für uns sind sie am richtigen Ort. Es haben Einwändeverhandlungen stattgefunden oder folgen noch. Man hat dazu Stellung nehmen können und jetzt müssen wir es noch einmal anschauen. Ich weiss nicht genau, wie ich reagieren würde, wenn es bei mir vor

der Haustür wäre. Es ist von der Metron, im Winkel des Ganzen betrachtet worden, dass dort Möglichkeiten sind und dementsprechend haben wir es umgesetzt.

Mara Jenni, Präsidentin: Ich habe noch etwas. Ich habe eine Anfrage bekommen für ein Eishockey-Turnier vom Gemeinderat Martin Egloff und dem Einwohnerrat Hans Streif von Wettingen. Sie möchten das Turnier am 6. März 2026 organisieren und haben uns als Einwohnerrat Obersiggenthal angefragt. Sarah Wiederkehr, welche den Einwohnerrat Baden präsentiert, glaube ich, nimmt Teil mit einem Team. Er hat mich gefragt, ob Obersiggenthal auch dabei wäre und ob das Datum denjenigen, die teilnehmen möchten, passen würde. Es ist am 6. März 2026, am Abend. Ich bin dann nicht mehr Präsidentin. Ich habe mir gedacht, ich würde es einmal in den Raum stellen. Falls sich Leute für das Eishockey-Turnier am 6. März 2026, am Abend interessieren würden, dann solltet ihr mir vorab eine E-Mail schreiben. Ich werde es in der Dezember-Sitzung nochmal erwähnen.

Die Präsidentin:

Jenni Mara

Die Protokollführerin:

Hächler Romana